: antifaschistische nachrichten

Nr. 13

g 3336 27.6.2012 28. jahrg./issn 0945-3946 1,50 €
www.antifaschistische-nachrichten.de

Umbenennung fraglich

MÜNSTER. Die beschlossene Umbenennung des Münsteraner Hindenburgplatzes in Schlossplatz ist gefährdet. Die Initiative „Gegen die Umbenennung des Hindenburgplatzes" teilte Anfang Juni mit, dass sie die für ein mögliches Bürgerbegehren notwendige Marke von 9499 Unterschriften mittlerweile überschritten habe. Nun muss die Stadtverwaltung die Gültigkeit der Unterschriften überprüfen und entscheiden, ob ein Begehren gegen die Umbenennung des Platzes rechtlich zulässig ist. *hma* ■

Proteste gegen Kundgebung

NÜRNBERG. Begleitet von massiven antifaschistischen Protesten fand am 16. Juni in Nürnberg eine Kundgebung der Stadtkewitz-Partei „Die Freiheit" statt. Unterstützt wurde die Kundgebung unter dem Motto „Freiheit oder Islamisierung" auch von auswärtigen Mitgliedern von „Die Freiheit" und von den örtlichen Anhängern der rassistischen Internetseite „PI-News". Zeitweise übertönten die Protestrufe der Gegendemonstranten die Kundgebung der „Die Freiheit"-Aktivisten und störten diese massiv. Nun will sich der bayerische Landesverband von „Die Freiheit" baldmöglichst einen Kleinbus zulegen, um diesen für „mobile Kundgebungen" einsetzen zu können. *hma* ■

Werner Peiner nach 1945

GEMÜND/LEICHLINGEN. Der NS-Künstler Werner Peiner (1897-1984), dessen Werke – von antifaschistischen Protesten begleitet – noch bis zum 26. August im KunstForum Eifel (siehe AN 12-2012) gezeigt werden, engagierte sich nach 1945 im neofaschistischen „Deutschen Kulturwerk Europäischen Geistes" (DKEG). Dort gehörte er dem „Kreis der bildenden Künstler" an und wurde sogar zum Ehrenmitglied des DKEG ernannt, das 1950 von Altnazis gegründet worden war. 1977 und 1981 zeigte Peiner seine

Aus dem Inhalt:

Geheimdienst als Finanzzensor

Jahressteuergesetz 2012 will Geheimdienste befugen über Gemeinnützigkeit von Vereinen zu entscheiden

Demokratisch nicht kontrollierbare Geheimdienste sollen künftig über die Gemeinnützigkeit von Vereinigungen entscheiden. Das sieht der Entwurf des Jahressteuergesetzes 2013 vor. Zahlreichen von den Verfassungsschutzämtern des Bundes und der Länder als „extremistisch" eingestuften Vereinigungen wären in ihrer Existenz bedroht, wenn ihre steuerliche Begünstigung entfiele und Spenden an sie nicht mehr absetzbar wären.

Schon früher wurde von den Verfassungsschutzberichten genannten Vereinen durch Finanzämter die Gemeinnützigkeit entzogen. Seit 2009 war dieses bislang informelle Vorgehen gesetzlich geregelt in Paragraph 51 der Abgabenordnung.

Offiziell diente diese von der großen Koalition aus Union und SPD durchgewunkene Regelung der Bekämpfung des Neofaschismus, doch betroffen war auch die in mehreren Landesverfassungsschutzberichten als „linksextremistisch" diffamierte Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes (VVN-BdA). Aufgrund öffentlicher Proteste korrigierte das Mainzer Finanzamt vor einigen Monaten diese Entscheidung.

Kommt die Neuregelung durch, dann wäre in einem solchen Fall weder eine Ermessensentscheidung des Finanzamtes möglich noch stünde der betroffenen Vereinigung der Rechtsweg durch eine Klage vor dem Finanzgericht offen.

Unter Missachtung der Gewaltenteilung wie auch des Föderalismus soll dann bereits die Auflistung in einem von 17 Verfassungsschutzberichten von Bund und Ländern zwingend zum Verlust der Gemeinnützigkeit führen. Gestrichen werden soll dafür im Gesetz nur das Wörtchen „widerlegbar", so dass die bisherige Möglichkeit zur Entlastung einer gelisteten Organisation durch Beweislastumkehr entfiele.

Nur noch eine Klage vor dem Verwaltungsgericht gegen die Geheimdienstlistung stände den Betroffenen dann noch offen. Wie mühsam das ist, zeigt das Beispiel der Antifaschistischen Informations- und Dokumentationsstelle AIDA aus München. Die wird seit 2008 vom bayerischen Verfassungsschutz als „linksextremistisch" gelistet und verlor deshalb ihre Gemeinnützigkeit.

Obwohl der Verwaltungsgerichtshof im Jahr 2010 diese Einstufung aus Mangel an stichhaltigen Beweisen für unrechtmäßig erklärte, muss AIDA weiter gegen die bis heute andauernde Nennung in nachfolgen den VS-Berichten klagen – die Gemeinnützigkeit bleibt dabei weiterhin aberkannt.

Kommentar von Thomas Willms VVN-BdA Bundesvereinigung:

Eine geplante Änderung in der Steuergesetzgebung könnte ernste Folgen für uns haben. Jede Erwähnung in irgendeinem der Verfassungsschutz-Berichten würde demnach automatisch zum Entzug der Gemeinnützigkeit aller Landesvereinigungen der VVN-BdA führen. Das wurde mittlerweile vom Bundesfinanzministerium bestätigt.

Den Versagern und Vertuschern der VS-Behörden, unmittelbar verantwortlich für das Weiterexistieren der NPD, die Hoheit über unsere Gemeinnützigkeit zuerkennen zu wollen ist wirklich das allerletzte.

Thomas Willms, Berlin



Werke – neben anderen früheren NS-Künstlern – auf den Kunstausstellungen im Rahmen der „Tage deutscher Kultur", die das DKEG jährlich durchführte. Die „Klüter Blätter", das damalige Organ des DKEG, gratulierten Peiner 1972 zum 75. Geburtstag. Sein Werk werde „diese und kommende Ismenstürme überdauern. Warten wir die Tide ab", hieß es darin. Die neofaschistischen „Deutschen Monatshefte", Nachfolger der „Klüter Blätter", ehrten Peiner, der nach 1945 u.a. Wandteppiche für den Kölner „Gerling"-Konzern und den äthiopischen Kaiser Haile Selassi geschaffen hatte, 1984 mit einem Nachruf. *hma* ■

Seubert in Schönenberg

SCHÖNENBERG. Zum 16. Mal findet in diesem Jahr die „Schönenberger Sommerakademie" im St.-Theresien-Gymnasium der „Priesterbruderschaft St. Pius X." statt. In diesem Jahr geht es vom 9. bis 12. August um das Thema „Endzeit und letzte Dinge: Was erwartet den Menschen künftig?". Geleitet wird die Veranstaltung von dem im Hochschuldienst tätigen Bonner Dr. Heinz-Lothar Barth und seiner Frau Raphaela. Heinz-Lothar Barth hatte im vergangenen Jahr in der Kirche des Bonner Priorats der „Priesterbruderschaft St. Pius X." ein Grußwort gehalten. In diesem Jahr gehört zu den angekündigten Referenten Prof. Dr. Harald Seubert. Dieser ist Präsident des auf Initiative des früheren CDU-Rechtsaußen Filbinger gegründeten „Studienzentrums Weikersheim" und zählt zu den Autoren der „Jungen Freiheit". 2010 sprach Seubert, der auch schon als Referent bei Burschenschaften, „Vertriebenen"-Verbänden und dem „Institut für Staatspolitik" auftrat, auf dem alljährlichen Sommerfest der rechten Berliner Wochenzeitung. *hma* ■

Magdeburg Nazifrei

In MAGDEBURG gründete sich ein Bündnis „Magdeburg Nazifrei". Es soll unter anderem mehr Initiativen, Einzelpersonen und Gruppen in die Mobilisierung gegen den alljährlichen Naziaufmarsch im Januar in Magdeburg einbinden. *ag-rex* ■

Burschis zurückgetreten

EISENACH. Aus Protest gegen die rechtsextremen Tendenzen im Verband sind auf dem Burschentag in Eisenach fünf Vorstandsmitglieder der Deutschen Burschenschaft (Strömung „Burschenschaftliche Zukunft") zurückgetreten. Der Protest richtet sich vor allem gegen die Wiederwahl eine Vorstandsmitgliedes der den von Faschisten ermordeten Pfarrer Bonhoeffer als „Landesverräter" verleumdet hatte. *ag-rex* ■

Gegen NPD

WETTERAU. In der hessischen Region Wetterau, wo die Neonazis über starken Einfluss verfügen, formiert sich zunehmender Widerstand. Als kürzlich in der Gemeinde Altenstadt die NPD die Bürgermeisterwahl nutzte, um unter dem Deckmantel einer „Wahlveranstaltung" ihren Landesparteitag durchzuführen, trat dem ein breites Protestbündnis mit rund dreihundert Teilnehmern entgegen. *ag-rex* ■

Bündnis gegen Schweigen

BERLIN. In der Akademie der Künste diskutierten am 2. Juni 2012 250 Teilnehmer auf einem ersten zivilgesellschaftlichen Hearing der Initiative „Bündnis gegen das Schweigen" über soziale und juristische Nachwirkungen der rassistisch motivierten NSU-Mordserie. In einer acht Punkte umfassenden Resolution fordert die Initiative eine schonungslose Aufklärung. Unter dem Motto „Schweigen und Verschweigen: NSU und die Stille im Land" referierten Rechtsanwälte, Vertreter von Anti-Rassismus -Initiativen und Opferberatungsstellen über organisierten Rechtsextremismus und institutionalisierten Rassismus bei Polizei und Behörden. *ag-rex* ■

DVU ad Acta

DVU: Nach über einjährigem Rechtsstreit erklärten die Anwälte der nach der Verschmelzung der DVU mit der NPD Ende 2010 dagegen klagenden Landesverbände Schleswig-Holstein, Niedersachsen und Nordrhein-Westfalen jetzt gegenüber dem Münchener Landgericht ihre Klage für erledigt. Damit hat die DVU, die einst mitgliederstärkste rechtsextreme Partei Deutschlands, zu existieren aufgehört. Vor der Verschmelzung hatte die DVU noch 3000 Mitglieder, von denen offensichtlich jedoch die Mehrheit sich nicht der NPD anschloss. *ag-rex* ■

Sachsen-Wahl 2014

SACHSEN: Mehrere Splitterparteien wollen bei der Landtagswahl 2014 die Fünf-Prozent-Hürde überspringen. Einige haben sich zu „Pro Sachsen" zusammengeschlossen, als ein Ableger von „pro Deutschland". Vor allem agiert in diesem Spektrum die „Humanwirtschaftspartei" (HWP), ein radikal antisemitischer Haufen, der die bei Nazis seit langem verwendeten Thesen der sogenannten „Freiwirtschaftslehre" von Silvio Gesell als Tarnkappe verwendet. Bereits im Februar bei der Kranzniederlegung auf dem Heidefriedhof hatte sich die HWP mit solchen Gruppen wie dem DSU-Kreisverband Görlitz, der Freiheitlichen Partei Deutschlands (FP), dem „Bündnis für Freiheit und Demokratie" und der Schlesischen Jugend Görlitz umgeben. *ag-rex* ■

Verurteilung wg. „Sturm 34"

DRESDEN. Das Landgericht hat fünf Männer wegen Bildung der Neonazi-Gruppe „Sturm 34" in Mittweida (2006) verurteilt. Vier Angeklagte erhielten Bewährungsstrafen zwischen sechs Monaten und zwei Jahren. Einer der Männer wurde zu einer Geldstrafe verurteilt. Die früheren Anführer der Truppe mussten sich auch wegen schwerer Körperverletzung verantworten. *ag-rex* ■

Solidarität erbeten

Am 28.6.2012 findet in Ahrweiler der Prozess gegen einen Antifaschisten statt, dem die „Störung von Versammlungen und Aufzügen" vorgeworfen wird.

Wir rufen alle Antifaschist_innen der Region dazu auf, sich mit dem Angeklagten solidarisch zu zeigen und zahlreich zu seinem Prozess zu erscheinen.

Worum geht es?

Vorgeworfen wird dem Antifaschisten, er habe im Vorfeld der Proteste gegen den Naziaufmarsch am 3. September 2011 in Dortmund auf seiner Internetseite einen Link zu einem der antifaschistischen Bündnisse in Dortmund gesetzt, das zu Blockaden aufgerufen habe. Der Antifaschist habe damit „vorsätzlich einem anderen zu dessen vorsätzlich begangener rechtswidriger Tat (öffentliche Aufforderung zu einer groben Störung einer nicht verbotenen Versammlung) Hilfe geleistet". Tatsächlich jedoch hatte er zu dem Anlass einen Aufruf aus dem Internet kopiert und auf seine Homepage gesetzt und diesen Aufruf kommentiert mit den Sätzen „Antikommunismus und Antisozialismus hat insbesondere in Deutschland eine sehr lange Tradition – Antifaschismus leider nicht! Arbeiten wir gemeinsam daran, dass es anders und besser wird." Argumentiert wird nun von der Justiz, er habe durch die Anmerkung „hinreichend zum Ausdruck" gebracht, dass er „diese Störungen trotz des Verstoßes gegen geltendes Recht als geeignetes Mittel des Widerstandsleistung ansehe[]" und mit seiner Anmerkung „den Aufruf zu einer Blockade der [Nazi-] Demonstration" unterstütze.

Hier soll offensichtlich einem engagierten Antifaschisten der Mund verboten werden. Das dürfen wir nicht hinnehmen. **Solidarität mit Wolfgang! Kommt zahlreich zu seinem Prozess!**

http://wolfgang-huste-ahrweiler.de/2011/08/25/der-antikriegs-tag-gehort-uns-dortmunderinnen-wollen-naziaufmarsch-blockieren/

Rote Hilfe e.V. Ortsgruppe Bonn ■

„...fühlend...und kämpfend für eine bessere Zeit“

Lina Haag in München im Alter von 105 Jahren verstorben



„Sie kennt keine Flucht aus der Wirklichkeit, sie bleibt mit allen Fasern ihrer Persönlichkeit in der Zeit, fühlend, beobachtend, urteilend und kämpfend für eine bessere Zeit.“

Oskar Maria Graf formulierte diese Zeilen über Lina Haag 1963 zu ihrem bewegenden Buch „Eine Handvoll Staub“, das er „einen unendlichen Liebesbrief“ nannte.

Lina Haag beschrieb 1944 in Form eines Briefs an ihren Mann Alfred, von dem sie seit Monaten nichts mehr gehört hatte, ihren eigenen Lebensweg und den ihres Mannes:

Lina Haag, geboren am 18.1.1907, entstammt einer Arbeiterfamilie aus Schwäbisch Gmünd. Bereits als Jugendliche lernt sie den Tischler Alfred kennen, mit dem sie sich gegen das wachsende soziale Elend engagiert, zunächst im Kommunistischen Jugendverband, dann in der KPD. Lina und Alfred heiraten und bald wird die Tochter Käte geboren. Aber Lina hat wenig Hoffnung auf ein menschenwürdiges Leben und will stattdessen in Argentinien, wo ein Onkel lebt, eine neue Zukunft für die Familie aufbauen. Weil das Geld für eine zweite Fahrkarte fehlt, fährt Lina 1929 zunächst allein, um etwas zu verdienen, damit Alfred mit der Tochter später nachkommen kann.

Aber aus diesem Traum wird nichts, weil sich Alfred inzwischen voll in die politische Arbeit gestürzt hatte – als Journalist, dann als Gemeinderat und schließlich als Landtagsabgeordneter der KPD; er will nicht weg. So kehrt Lina 1931 nach Deutschland zurück.

Gleich nach der Machtübernahme durch die Nazis wird Alfred verhaftet, drei Wochen später auch Lina. Ihr Leidensweg führt sie – nur einmal für wenige Monate unterbrochen – insgesamt über viereinhalb Jahre durch Gefängnisse und das Konzentrationslager Lichtenburg. Ihre Entlassung 1939 bringt zwar das Wiedersehen mit ihrer Tochter, aber sie weiß vom Leiden ihres Mannes in den Lagern Dachau und Mauthausen. Wieder setzt sie all ihre Kraft ein, ihn freizubekommen, erreicht sogar eine Unterredung bei Heinrich Himmler und schließlich die Freilassung von Alfred. Aber das Wiedersehen ist kurz, weil er bald darauf – trotz „Wehrunwürdigkeit“ – als Soldat an der Ostfront eingesetzt wird.

Erneut ist Lina mit ihrer Tochter allein; in Berlin macht sie eine Ausbildung als Krankengymnastin, arbeitet dann als Krankenschwester und lässt sich 1944 nach Garmisch versetzen, wo sie – in Ungewissheit über das Schicksal Alfreds – ihr Buch heimlich schreibt, immer in Angst vor erneuter Verhaftung.

Nach Kriegsende zieht Lina zusammen mit ihrer Tochter nach München, arbeitet in ihrem Beruf und erlebt das große Echo auf ihr Buch „Eine Handvoll Staub“, das 1947 im Nest-Verlag erstmals erscheint, im gleichen Jahr in London und in Halle. Aber von ihrem Mann fehlt noch immer jede Spur. Erst 1948 kehrt er aus sowjetischer Kriegsgefangenschaft zurück.

Alfred widmet sich bald ganz der Arbeit für die Interessen der ehemaligen KZ-Häftlinge, als Fachmann für Entschädigungsfragen, als Landesvorsitzender der VVN Bayern, als Vertreter des Internationalen Dachau-Komitees und Mitinitiator der KZ-Gedenkstätte Dachau. Lina verdient Geld, kann sich endlich der Familie widmen, diskutiert mit Alfred, besänftigt ihn oder gibt ihm neuen Mut in jenen schwierigen Zeiten, kümmert sich um die ausländischen Kameradinnen und Kameraden – und schafft damit auch die Grundlagen für Alfreds Arbeit.

Lina Haags Buch wurde auch in Ungarn und der Sowjetunion in 100 000facher Auflage herausgegeben, und 1977 erstmals auch wieder in der BRD, im Röderberg-Verlag; für Lina ist es Ehrensache, Erlöse daraus zu spenden.

Das wachsende Interesse gerade Jüngerer an der Geschichte von Verfolgung und Widerstand berührt Lina sehr und führt in den nächsten Jahren – auch nach Alfreds Tod 1982 – zu neuem Engagement bei Lesungen, bei Gesprächen mit Jugendlichen und vor allem auch bei der Korrespondenz mit Leserinnen und Lesern ihres Buchs.

In den letzten zwanzig Jahren trat sie nur noch selten bei Veranstaltungen auf, beantwortete aber gewissenhaft Fragen von LeserInnen und freute sich über deren Rückmeldungen. Dieses Echo zeigte sich insbesondere, seit neue Auflagen ihres Buches bei Fischer, im Silberburg-Verlag und dann nochmals bei dtv erschienen sind. Interessiert am Weltgeschehen und Anteil nehmend blieb sie bis zuletzt.

Vor einem halben Jahr musste sie noch den Tod ihrer Tochter verschmerzen. Nun ist Lina Haag am 19. Juni 2012 in ihrem Haus im Münchner Westen, das sie sich mit ihrem Mann Alfred Anfang der 1950er Jahre gebaut hatte, verstorben.

Der Landesverband Bayern der VVN-BdA – zusammen mit ihren vielen Freunden trauert um ihre Kameradin Lina, die in ganz besonderer Weise für den oft vergessenen Mut, für Widerstand und Mitmenschlichkeit gerade auch von Frauen in der Zeit des Naziregimes und im Nachkriegsdeutschland steht.

Die Trauerfeier findet am 19. Juli im Waldfriedhof München, alter Teil, um 13 Uhr statt.

Friedbert Mühldorfer, Landessprecher der VVN-BdA Bayern

Auf den Trümmern der DVU

Norddeutsche Neonazis wollen endlich auch mal Erfolg haben. Deshalb wurde in Hamburg eine neue rechtsextreme Partei gegründet. Der neue Parteiführer ist ein alter Kameradschaftsführer: Christian Worch. „Der größte Aktivposten der Partei ist ihr Name“, sagt Worch der taz und erklärt: „Der Name ist nicht so verbrannt wie der der NPD.“ Die neue Partei heißt „Die Rechte“. Der Clou des Namens wäre auch, so sagt es jedenfalls Worch, dass man mit dem Verweis auf die Partei „Die Linke“ dem „Normalbürger“ die Angst nehmen könnte, indem gesagt wird: „Wenn es eine Linke gibt, sollte es folgerichtig auch eine Rechte geben.“

„Die Rechte“ hat sich schon am Pfingstsonntag dieses Jahres gegründet. „Wir haben das Treffen nicht groß öffentlich ausgerichtet, um Subversionen aus politisch rechten Kreisen entgegenzuwirken“ sagt Worch. Aus Sorge vor frühzeitigen Interventionen stellte sich die Partei auch erst jetzt auf der ehemaligen Webseite der niedersächsischen „Deutschen Volksunion“ (DVU) vor. (…)

Bei der Gründung der neuen Partei wählten frühere Mitglieder der DVU und Szeneanhänger ohne Parteivergangenheit auch gleich den Vorstand. Die Anwesenden bestimmten nicht nur Worch, der un-

längst von Hamburg nach Parchim zog, zum Bundesvorsitzenden, sie wählten auch Ingeborg Lobocki, frühere DVU-Vorsitzende in Schleswig-Holstein, zur Bundesvize und Martin Ziegler, einst DVU-Vorstandsmitglied in Schleswig-Holstein, zum Beisitzer. (…)

„Die Rechte“ ist nicht Worchs erste Partei. In Hamburg gründete er mit Thomas Wulff 1989 die „Nationale Liste“ (NL), die 1995 verboten wurde. In ihrer Zeitung Index veröffentlichten sie Namen von politischen Gegnern.

Schon 1978 wirkte der spätere NL-Vize bei einer Aktion der „Hansabande“ mit. Mit Eselsmasken und Schild „Ich Esel glaub noch, dass in deutschen KZs Juden vergast wurden“ marschierten sie in Hamburg auf.

„Ich würde nicht davon ausgehen, dass meine Biographie alleine einen Zulauf zur Partei verhindert“, sagt Worch, der unter anderem wegen Volksverhetzung ins Gefängnis musste.

Quelle: https://dokmz.wordpress.com/2012/06/18/auf-den-trummern-der-dvu/

Gestorben: Die „Unsterblichen“

POTSDAM. Brandenburgs Innenminister Dietmar Woidke hat am 19.6. die „Widerstandsbewegung in Südbrandenburg“ offiziell verboten.

Der Name klingt nach einer unscheinbaren rechtsradikalen Kameradschaft. Besser bekannt sein dürfte die Gruppe Vielen unter den Namen „Spreelichter“ oder „die Unsterblichen“.

„Die Unsterblichen“ sind eine relativ junge, aber erfolgreiche Aktionsform der Neofaschist_Innen, die sich gerade bei jüngeren, aktionsorientierten Rechten in der Vergangenheit immer größerer Beliebtheit erfreute. Die Aktionsform ist so simpel, dass sie zum Nachmachen geradezu einlädt. Mit weißen Masken und schwarzer Kleidung ziehen meist mehrere dutzend Rechtsradikale mit Fackeln oder Ähnlichem durch die Städte – meist nur wenige Minuten, bis die Polizei eintrifft.

Auch in Mecklenburg-Vorpommern hat die Brandenburger Gruppe einige Nachahmer_Innen gefunden, großen Erfolg konnten sie damit allerdings nicht erringen.

Das Verbot ging einher mit mehreren Hausdurchsuchungen an denen etwa 200 Polizeibeamt_Innen teilnahmen. Weiter wurde der „Widerstandsbewegung“ das Vereinsrecht aberkannt, da Zweck und Tätigkeit des Vereins den Strafgesetzen zuwider laufe, heißt es in der entsprechenden Verbotsverfügung.

Quelle: Indymedia,19.06.2012
http://ino.blogsport.de/ ■

Hitlergruss beim ‚Public Viewing‘ in der Lanxess-Arena

KÖLN. Zum EM-Spiel Deutschland – Dänemark am 17.6.2012 fand in der Lanxess-Arena in Köln ein Public Viewing statt. Mitveranstalter des Public Viewing ist die Stadt Köln. Dort beobachtete eine Zuschauerin, wie eine Gruppe von Zuschauern beim Singen der Nationalhymnne geschlossen den Hitlergruß zeigte.

Die Zuschauerin sprach die Security darauf an. Die Angesprochenen versicherten ihr, man habe dies ebenfalls gesehen und würde etwas unternehmen. Nach Informationen der Stadtverwaltung wurde diese Gruppe später aus der Halle geführt, die Personalien überprüft und ein Hausverbot ausgesprochen. Bereits eine Stunde vor Anpfiff des Spiels hatten diese Personen eine Reichskriegsflagge und eine Flagge des Kolonialamtes des Deutschen Reiches aufgehängt. Das Zeigen dieser Flaggen ist nicht verboten. Sie werden aber bevorzugt von Neonazis benutzt.

Dazu erklärt die Fraktion DIE LINKE im Rat der Stadt Köln: „Fußball darf Neonazis keinen Raum bieten. Anders als im Fußballstadion hat die Stadt als Mitveranstalter Einflussmöglichkeiten. Für die Zukunft muss geprüft werden, ob man nicht bereits im Vorfeld das Zeigen solcher Fahnen als Störung der Öffentlichen Ordnung unterbinden kann. Das passt besser zu Köln als internationale Stadt und Spielort der WM 2006 als solche Provokationen zunächst zu dulden.“

Solche öffentlichen Auftritte von Rechtsextremen sollen Andersdenkende und Menschen mit Migrationshintergrund einschüchtern. Dagegen muss die Stadtgesellschaft aufstehen. Menschen wie die mutige Zeugin, die sich dagegen stellen, sind Helden des Alltags.

Die Lanxess-Arena hat inzwischen alle Übertragungen in der Arena abgesagt und zeigt die Spiele nur noch vor der Halle.

jöd ■

Leiter des Nazimarsches vom 2. Juni wegen Körperverletzung verurteilt

HAMBURG. Der langjährige Nazikader und aktuelle Vizevorsitzende der Hamburger NPD, Thomas Wulff wurde heute vor dem Amtsgericht St. Georg wegen Körperverletzung verurteilt. Sein Kamerad Kay-Ole Klebe, Gründungsmitglied der NPD-Jugendorganisation Junge Nationaldemokraten (JN) in Hamburg, wurde wegen Nötigung ebenfalls verurteilt.

Vor diesem Hintergrund ist es absolut unverständlich, dass die Versammlungsbehörde auf Wunsch der Neonazis noch vor wenigen Wochen Thomas Wulff als Leiter des Naziaufmarsches am 2. Juni akzeptierte. Der Behörde waren zu diesem Zeitpunkt sowohl Wulff´s diverse Vorstrafen, wie auch das noch laufende Verfahren wegen Körperverletzung bekannt. Unter dem CDU-Senat hatte die Versammlungsbehörde 2009 den ebenfalls vorbestraften Jürgen Rieger(inzwischen verstorben) als Versammlungsleiter abgelehnt.

Den Neonazis wurden von der Innenbehörde diesmal weitgehende Zugeständnisse gemacht. Nicht nur die widerspruchlose Akzeptanz des vorbestraften Versammlungsleiters, und die Genehmigung einer 4 km-langen Aufmarsch-Strecke inklusive volksverhetzender Agit-Prop-Aktion mit einem „Abschiebe-Bären“ im Vorfeld, sondern vor allem der brutale Polizeieinsatz, der den Neonazis den Weg in Wandsbek frei prügelte, sind ein Skandal.

Die Einsatzleitung hätte spätestens am Nachmittag des 2. Junis und angesichts des breiten zivilgesellschaftlichen Widerstandes gegen den Naziaufmarsch, die Möglichkeit gehabt, den Naziaufmarsch abzubrechen. Stattdessen nahm die Polizei Schwerverletzte in Kauf um Nazihetze in Hamburg zu ermöglichen.

Zum Hintergrund des Prozesses

Im Januar 2011 war es vor einem Tattoo-Studio im Stadtteil Billstedt zu einem Streit gekommen. Drei Neonazis hatten dort NPD-Wahlplakate für den Wahlkampf aufstellen wollen. Das Hamburger Amtsgericht sah es als erwiesen an, dass Wulff den Ladenbesitzer beleidigt, bespuckt und getreten hat. Der engagierte Mann hatte gedroht, die Plakate wieder abzubauen. Daraufhin hatten Wulff und der Klebe den mutigen Ladenbesitzer angegriffen.

Thomas Wulff gehörte schon 1981/82 zum Kern einer „Wehrsportgruppe Blankenese“, 1984 war er Sektionsleiter Nord eines „Komitees zur Vorbereitung des 100. Geburtstag von Adolf Hitler“ (KAH). Er machte Karriere in verschiedenen, inzwischen verbotenen Naziorganisationen und ist mehrfach vorbestraft. Zuletzt wurde er 2010 wegen Beleidigung und Zeigen einer Hakenkreuzflagge rechtskräftig verurteilt.

Sein Mittäter Kay-Ole-Klebe ist der Bruder des aktuellen NPD-Landesvorsitzenden Torben Klebe und gehörte zu einer Gruppe von Neonazis die im Februar 2007 in Bramfeld einen antifaschistischen Infostand zu stürmen versuchten. Jan Zimmermann, der im aktuellen Prozess als Zeuge der Nazis auftrat und mit seinen Kameraden Wulff und Klebe gemeinsam die NPD-Plakate aufstellte, ist seit Jahren NPD-Kader. Er beschimpfte 2006 laut Verfassungsschutzbericht die Polizeiführung und bezeichnete sie als „unzurechnungsfähig und blöd im Kopf“.

Für besondere Verwunderung sorgte die Richterin im Prozess, welche es nachträglich duldete, dass Wulff im Gerichtsflur ungehindert BesucherInnen des Prozesses filmen konnte. *HBgR* ■

NAZIS IN DER KURVE? NEONAZISMUS UND RASSISMUS IM FUSSBALL

Rechtsradikalismus und Rassismus in der Fußballfankultur in Deutschland

Aus Anlass der gegenwärtigen Fußball EM der Männer drucken wir aus dem „Rundbrief 1/2 von 2012" Rundbrief AG Rechtsextremismus/ Antifaschismus beim Bundesvorstand der Partei DIE LINKE den Artikel „Rechtsradikalismus und Rassismus in der Fußballfankultur in Deutschland" von Jonas Gabler ab. Seiner großen Länge wegen haben wir den Artikel in 2 Teile aufgeteilt, die Fortsetzung folgt in der nächsten Ausgabe der antifaschistischen nachrichten. Wir bedanken uns sehr bei den Herausgebern des Rundbriefs für die freundliche Überlassung.

Fußball als Mittel der Instrumentalisierung

„Im Fußball gibt es keinen Rassismus!" oder „Das sind keine Fans, die interessieren sich nicht für Fußball." hört man immer wieder von Vereinsfunktionären oder auch von Sportjournalisten, wenn das Gespräch auf das Thema Rassismus oder Rechtsradikalismus im Fußballstadion kommt. Und fast alle sind sich einig, wenn es heißt „Fußball ist nur ein Sport und Politik hat da nichts zu suchen". Eine erstaunliche Aussage. Schließlich ist Fußball in Deutschland und allen anderen Ländern, in denen der Fußball zur hegemonialen Sportkultur geworden ist, ein Feld reichhaltiger politischer und anderweitiger Instrumentalisierung.[1] Jedoch: Offensichtliche politische oder sonstige Manipulation der Anhänger ist – zumindest in Deutschland – eher geächtet. Dies mag auch daran liegen, dass im Fußballbereich tatsächlich – sowohl auf dem Platz, wie auf den Rängen und auch in den Institutionen – Menschen mit unterschiedlichem politischen und gerade unter den Zuschauern auch unterschiedlichem sozialen und Bildungshintergrund zusammentreffen.[2] Die Lebensrealitäten und politischen Positionen der involvierten Personen sind dementsprechend heterogen, weshalb offene politische Instrumentalisierung (viel weniger als etwa die wirtschaftliche Instrumentalisierung des Fußballsports als einem der wichtigsten und finanzträchtigsten Werbeträger) von den wenigsten geschätzt bzw. nur geduldet wird.

Eine erfolgreiche Instrumentalisierung ist nur möglich, wenn zugleich nach außen das gesellschaftliche Konstrukt des „unpolitischen Fußballsports" aufrecht erhalten wird. Marschik nennt das die Neutralisierung des Sports, die es erst ermöglicht, dass einzelne Politiker, politische Gruppierungen, Parteien, Wirtschaftsunternehmen, in jüngerer Zeit aber auch zivilgesellschaftliche Initiativen den Fußball für ihre Zwecke nutzen.[3] Tatsächlich wird der Fußball also auf vielfältige Art und Weise instrumentalisiert und für völlig verschiedene teils gegensätzliche Ziele genutzt.[4]

Dies ist angesichts des gesellschaftlichen Raumes, der dem Fußball und seinen verwandten Themen eingeräumt wird, wenig verwunderlich und aus demokratischer Sicht auch nicht zu verurteilen. Lediglich ein offener Umgang mit dieser Tatsache und damit verbunden eine schärfere Analyse der tatsächlichen Instrumentalisierungen wären wünschenswert.

Politische und gesellschaftliche Heterogenität in der Fankurve vs. „politisches Etikett"

Es bleibt festzuhalten, dass der Fußball wie kaum eine andere Sportart von nahezu allen Gesellschaftsschichten und unabhängig von ihrem politischen Interesse und/oder Bekenntnis betrieben und mit großem Interesse, Aufmerksamkeit und häufig auch Engagement verfolgt wird. Auch die Anhängerschaften von Fußballclubs sind demnach höchst heterogen.[5] In den Stadien und damit auch in den Fankurven tummeln sich Personen mit sehr unterschiedlichen politischen Vorstellungen, was potenziell zu Konflikten führen kann, die den Zusammenhalt der Fanszene gefährden könnten. Dies ist der Grund, weshalb auch viele Fans betonen, der Fußball wäre unpolitisch, deshalb jegliche Instrumentalisierung ablehnen und damit in den allgemeinen Chor einstimmen.

Dies schließt jedoch nicht aus, dass eine Fankurve/-szene sich über die Zeit einen bestimmten politischen Ruf erwirbt. Dieser ist jedoch mehr ein Etikett, das zwar in gewisser Weise die Zusammensetzung des Publikums und die Kräfteverhältnisse in der Kurve aber nicht die politische Gesinnung aller Kurvenbesucher widerspiegelt.

Ausgehend von der Heterogenität des Fußballpublikums erscheint es schlüssig, dass sich in den meisten Fankurven sowohl Rechtsradikale als auch Anhänger anderer politischer Parteien und Richtungen finden. Der Umgang mit nationalsozialistischen Symbolen hat sich in den vergangenen 15 Jahren geändert. Sie werden heute weniger toleriert, was andererseits keineswegs ausschließt, dass Rechtsradikale auch heute noch in den Stadien präsent sind.



Die Akzeptanz gegenüber rassistischem Verhalten ist trotz eines positiven Trends nach wie vor zu hoch, was damit zu tun haben mag, dass Rassismus eben kein exklusives Problem rechtsradikaler Parteien ist. In den Fankurven finden sich überzeugte Rassisten, Alltagsrassisten und viele Menschen, die diesbezüglich nicht ausreichend sensibilisiert sind. Aber glücklicherweise gibt es daneben eben auch sensibilisierte Menschen und unter diesen zunehmend auch aktive und engagierte, die für eine verstärkte Sensibilisierung bezüglich des Themas Rassismus in ihrem Fanumfeld sorgen wollen.

Je nachdem wie sich nun an einem konkreten Standort die Zusammensetzung des Publikums aus den genannten Gruppen gestaltet, wird dies Einfluss auf die Außenwirkung der jeweiligen Fanszene ausüben. Aber es ist nicht diese Zusammensetzung allein, sondern auch die Normen und Verhaltensregeln, die inneren Strukturen und Machtverhältnisse, die letztlich entscheiden, ob rassistische Gesänge gesungen werden, wie viele Menschen in der Fankurve sich daran beteiligen, bzw. ob rechtsradikale Symbole gezeigt werden können.

Fanszenen erscheinen zwar nach außen insbesondere durch ihr geschlossenes Auftreten als strikt organisiert, zeichnen sich aber in Wahrheit eher durch Abwesenheit von formaler Organisation und eine gewisse Anarchie aus.

Verschobene Normen und Konventionen und die Rolle von „stereotypen Männlichkeitsvorstellungen"

Der Reiz des Besuches einer Fankurve dürfte für viele Fans vor allem das Ausbrechen aus dem Alltag sein. Damit ver-

bunden ist – wie bei anderen Massenveranstaltungen auch – das Brechen gesellschaftlicher Konventionen bis hin zum Brechen der geltenden Gesetze. Es kommt zu einer Verschiebung der sozialen Verhaltensnormen wobei zunächst mal mehr erlaubt ist als anderswo. Dennoch etablieren sich trotz jener Anarchie im Sinne von Abwesenheit formaler Organisation, eigene Normen und Konventionen. Diese ergeben sich aus der Zusammensetzung des Publikums und den Aushandlungsprozessen innerhalb der Fanszene.

Wichtig bei der Betrachtung der Normen und Konventionen in der gegenwärtigen Fußballfankultur ist der starke Einfluss stereotyper Männlichkeitsvorstellungen[6], der im jahrzehntelangen rigorosen Ausschluss von Frauen bei gleichzeitiger Inszenierung des Fußballs als „Männersport" begründet liegt. Vor dem Hintergrund dieser Prägung haben sich viele lokale Fankulturen ausdifferenziert, die oftmals ähnliche aber in Nuancen durchaus unterschiedliche eigene Normen und Regeln in ihrer Fanszene etabliert haben.

Zu solchen Normen und Konventionen gehört ein ganzes Spektrum von (ungeschriebenen) Geboten, Regeln und Ritualen. Diese Normen etablieren sich vor allem durch Vorbilder und Gruppendynamiken, werden aber auch durch verbale und in Einzelfällen auch physische Interventionen durchgesetzt. Zur Verdeutlichung: Relevant für das Phänomen Rassismus und Rechtsradikalismus sind zum Beispiel bestimmte Dresscodes, die sich an politischen (Jugend-)Szenen bzw. Lifestyles orientieren und der damit verbundene Ausschluss von nicht genehmen politischen oder weltanschaulichen Symbolen. Wichtiger noch ist die allgemeine Toleranz bzw. Ablehnung gegenüber diskriminierenden und/oder Fangesängen mit politischem Kontext. Wie bereits deutlich wird, können diese Normen in sehr unterschiedliche Richtungen wirken; so können sie rassistische und rechtsradikale Verhaltensweisen als Standard etablieren, aber eben auch für eine weitgehend diskriminierungsfreie bzw. Diskriminierungen ablehnende Fankultur stehen.

Letzteres mag mit Blick auf den prägenden Einfluss stereotyp-männlicher Verhaltensweisen zunächst unwahrscheinlich erscheinen. Erfahren doch Stärke, Macht, Dominanz und Begriffe wie Ehre, Treue, Kameradschaft eine hohe Bedeutung. Allgemein lassen sich durchaus Ähnlichkeiten zu anderen Männerbünden finden, die ja nahezu immer auch auf Abgrenzung, also einem ausgeprägten Freund-Feind-Schema basieren.

Daraus ergeben sich als typische (wenn auch teilweise nicht unumstrittene) Normen von europäischer Fußballfankultur: „rauhe", typisch „männliche" Umgangsformen, häufig verbunden mit der Betonung einer weißen, autochthonen, männlich-heterosexuellen Identität; Betonung der Konkurrenz zum Gegner[7], die sich in (überwiegend) rituellen Provokationen, Beleidigungen und Herabwürdigungen äußert; Wunsch nach Dominanz über den Gegner (auch in Form von Lautstärke); Aufwertung der Eigen-, Abwertung der Fremdgruppe; Betonung von Ehre, verbunden nicht selten mit Rachegefühlen, die die Entstehung verfestigter Feindschaften gegenüber bestimmten Mannschaften und ihrer Anhänger begünstigen.

Die Fußballfankultur als „natürlicher Verbündeter" menschenfeindlicher Ideologien?

Angesichts dieser Aufzählung lässt sich kaum der Eindruck vermeiden, Fußballfankultur wäre geradezu ein „natürlicher" Verbündeter von rassistischen, autoritären und chauvinistischen Ideologien und böte etliche Andockpunkte für eine dahingehende Instrumentalisierung. Dies wurde zumindest während der 1970er und 1980er Jahren bestätigt, als rechte Parteien und Gruppen mehr oder minder gezielt in den Fankurven agierten, um dort ihr Weltbild zu verbreiten und Mitglieder zu werben. Dies war auch deshalb möglich, weil es von Verbänden, Vereinen und auch der Politik kaum ernsthafte Bemühungen gab, dem entgegen zu wirken. Viel mehr redete man das Problem aus Sorge um die Vermarktbarkeit des Produkts Fußball (mit anderen Worten: seine Fähigkeit zur Instrumentalisierung als Werbebotschafter) klein. Dies änderte sich erst unter dem gestiegenen gesellschaftlichen Druck im Verlaufe der 1990er Jahre und vermutlich auch im Zusammenhang mit der Annahme, dass gerade das kaufkräftigere Publikum sich von Rassismus und Rechtsradikalismus in den Stadien abschrecken ließe. Die vielfach von Fans aber auch von manchen Aktiven und Funktionären sowie Sportjournalisten beklagte Kommerzialisierung des Sports hat also nebenbei tatsächlich zu einer beachtlichen Zivilisierung des Publikums (in Bezug auf Rassismus aber auch in Bezug auf Gewalt) beigetragen. Teilweise durch den gezielten Ausschluss von einzelnen Fans, teilweise durch das generelle Ausschließen weniger kaufkräftiger Fans[8] durch die Erhöhung der Ticketpreise (outpricing), aber auch weil es gelungen ist, seitdem die Verhaltensnormen innerhalb der Kurven zu ändern. Dabei spielten die sozialpädagogische Arbeit der Fanprojekte, anti-rassistische Faninitiativen und an vielen Standorten auch lokale Ultra-Gruppen eine wesentliche Rolle.

Dynamische Hierarchien und Normensysteme

Wie bereits deutlich geworden ist, gibt es also auch in diesem „etwas gesetzteseloseren"[9] Raum Verhaltensnormen. Trotz (oder wegen?) der Abwesenheit einer formalen Hierarchie, entwickeln sich mehr oder weniger gute Organisationsstrukturen bzw. interne Hierarchien und mit ihnen bilden sich verbindliche Verhaltensregeln heraus. Dies gilt sowohl innerhalb der größeren Fan-Gruppierungen als auch bezogen auf die gesamte Fanszene eines Vereins.

In der Vergangenheit und bis in die Gegenwart kristallisieren sich in Fankurven immer Gruppen heraus, die einen führenden und prägenden Einfluss auf die gesamte Fanszene ausüben. Grundlage dieser Hierarchien sind zum einen Alter bzw. die Zugehörigkeitsdauer, zum anderen spielen aber auch Auftreten und nicht selten auch physische Kraft eine Rolle. Dies gilt auch auf nächsthöherer Ebene bei der Frage, welche Gruppe(n) einen Führungsanspruch beanspruchen darf (dürfen): Länger existierende, zahlenmäßig große, aber auch aggressiv auftretende und physisch dominante Gruppen haben in dieser Auseinandersetzung gute Karten. Diese Hierarchien sind jedoch nicht unveränderbar. Im Gegenteil unterliegen sie einer ständigen Dynamik insbesondere durch personelle Fluktuation aber auch durch interne Machtkämpfe. Auch von außen kann Einfluss auf diese Dynamiken genommen werden, etwa durch Stadionverbote, Gruppenverbote und Förderung bestimmter Fangruppen bzw. -initiativen.

Sowohl die Veränderungen in der Organisation von Fußballfanszenen durch das Auftreten und die Verbreitung der Ultras als auch der Wandel im Umgang mit Rassismus und anderen Formen der Diskriminierung verdeutlichen diese Dynamik und stimmen teilweise positiv, angesichts positiver Ansätze bei Institutionen, Fußballfans und unter letzteren gerade auch bei vielen Ultra-Gruppen.

Die bereits als für die europäische Fußballfankultur als typisch charakterisierten Normen behalten zwar nach wie vor ihre Gültigkeit und Bedeutung, werden aber um andere Aspekte und auch dazu im Widerspruch stehende Normen ergänzt.

An dieser Stelle lohnt eine ausführlichere Beschäftigung mit dem Phänomen Ultras in Deutschland, die die aktive Fanszene gegenwärtig unbestritten dominieren. Ultra ist zunächst eine bestimmte Form der Fußballfankultur, die sich in vielen Punkten kaum von den übrigen Fußballfankulturen Europas unterscheidet. So ist auch sie in jeglicher Hinsicht „typisch männlich" geprägt und hat zum Ziel, den eigenen Verein, die Stadt, Region und die eigene Fanszene bestmöglich zu unterstützen und zu repräsentieren.

Der augenfälligste Unterschied der Ultra-Fankultur liegt in den Ausdrucksformen und der Organisation der Unterstützung der eigenen Mannschaft: In Deutschland (wie auch in England) war es lange Zeit üblich, dass kleine Gruppen einen Gesang anstimmten, in den dann jeweils ein Teil oder die ganze Kurve einstimmte. Durch die Verbreitung der

Ultras in Deutschlands Stadien hat sich dies geändert: Heute sind es meist eine oder mehre Personen, die als Vorsänger von der/den dominierende/n Ultra-Gruppe/n gestellt werden und die Gesänge anstimmen, die die Fankurve anschließend mehrheitlich singt. Eher selten stimmen kleinere Gruppen Fangesänge an, die noch seltener von großen Teilen der Fankurve übernommen werden. Dies gilt insbesondere für Gesänge, die nicht in das übliche Repertoire gehören. Der akustische Support wurde – man könnte sagen – von den Ultras monopolisiert.

Als Inspiration für diese mittels Megaphon koordinierte Form der Unterstützung gilt die politische Protestkultur des Italien der ausgehenden 1960er Jahre. Hier hat die Ultra-Kultur ihren Ursprung: Die am damaligen Protest beteiligten jungen Menschen, die zu einem Teil zugleich Fußballfans waren, machten damals Erfahrungen bei der Mobilisierung und Organisation von Protest und wandten diese anschließend beim Fußball an. Sie verfolgten damit das Ziel, ihre Mannschaft besser zu unterstützen und sich zugleich einen kreativen Freiraum zu schaffen, den es ihnen in den folgenden Jahren nicht gelang, gesamtgesellschaftlich durchzusetzen. Nicht nur das Megaphon gelangte so von der Straße in das Stadion, auch Transparente (und Doppelhalter), Fahnen, Flugblätter, politische Lieder und Symbole gehörten fortan zum Repertoire der italienischen Fankultur, die seinerzeit deutlich links geprägt war. Aber auch in der internen Organisation und den Ansprüchen finden sich bis heute Parallelen zwischen Ultra-Gruppen und den damaligen politischen Gruppen: Ultra-Gruppen haben einen gewissen Vertretungsanspruch, sie wollen die Fanszene nach außen und nach innen prägen. Dazu schaffen sie sich Strukturen und organisieren Aktivitäten, wie regelmäßige Gruppentreffen, die nicht selten in selbstfinanzierten und -verwalteten Räumlichkeiten stattfinden, wie Konzerte, Parties aber auch soziales oder karitatives Engagement. Sie betreiben Mitgliederwerbung, organisieren Kampagnen oder betreiben zumindest Werbung für die eigene Sache mittels Publikationen und Medien. Dazu gehört auch die Vertretung der eigenen Interessen gegenüber anderen Akteuren (Vereine, Verbände, Polizei, Politik und Medien) wobei dies in Italien wie in Deutschland erst dann verstärkt eine Rolle spielte, als sich durch die beschleunigte Kommerzialisierung des Fußballs und eine verstärkte Kontrolle und Sanktionierung mit dem Ziel der Gewaltprävention, die Situation für aktive Fans verschlechterte. Steigende Ticketpreise, flexiblere Anstoßzeiten auch an Werktagen, „Versitzplatzung“ der Stadien, Einschränkungen und Verbote, die die bisherigen Freiheiten der Fans einschränkten (etwa bzgl. der Zulassung von Megaphonen, Fahnen, Choreographien) werden von vielen Ultra-Gruppen zu Recht als Bedrohung für eine selbstorganisierte Fankultur gesehen.

Nach Deutschland kam das Phänomen Ultras Mitte der 1990er Jahre, als sich die Fankultur vielerorts in einer im wahrsten Sinne des Wortes „atmosphärischen Krise“ befand. Die Stimmung in den Stadien hatte sich verschlechtert, die Fankultur stagnierte. So zumindest die subjektive Wahrnehmung der jungen Fans die damals in Italien erlebten, zu was eine Fankurve in der Lage war, wenn sie sich nur entsprechend organisierte. Zunächst griff man auf die typischen Ausdrucksmittel – Megaphon, Trommeln, Fahnen, Pyrotechnik und Choreographien – zurück, erst mit der Zeit etablierte man ähnliche organisatorische Strukturen und entwickelte ähnliche Ansprüche wie sie in der italienischen Ultra-Kultur üblich waren: Ein geschlossenes Auftreten der Fanszene samt hoher Beteiligung am akustischen und optischen Support; Anwesenheit bei jedem Spiel; Engagement für den Erhalt von Rahmenbedingungen, die eine selbstorganisierte Fankultur ermöglichen; und in diesem Zusammenhang auch die Unabhängigkeit sowie kritische Distanz zum Verein und zu anderen Institutionen.

1 Vgl. dazu auch die Beiträge von Holger Raschke und Martin Endemann in diesem Heft.
2 Gerade in Deutschland lässt sich heute noch weniger als in der Vergangenheit und ebenso weniger als in vielen anderen Ländern eine Zuordnung von Vereinen zu bestimmten sozialen Schichten oder politischen Bewegungen vornehmen.
3 Vgl. Almut Sülzle, Fußball, Frauen, Männlichkeiten – Eine ethnographische Studie im Fanblock, Frankfurt am Main 2011, S. 93 ff.
4 Einen hervorragenden Überblick über das Verhältnis zwischen Fußball und Politik weltweit auf Makround Mikroebene mit sowohl top-downals auch grassroots-Beispielen gibt Gabriel Kuhn, Soccer vs. State – Tackling Football and Radical Politics, Oakland 2011.
5 Dass Fußballvereine – und damit auch ihre Fans – untrennbar mit politischen Identitäten in Verbindung gebracht werden, ist heute in Deutschland anders als in anderen Ländern eher unüblich. Eine Ausnahme bilden hier Vereine wie der FC St. Pauli und einzelne Beispiele unterklassiger Vereine – und selbst bei diesen ist das politische Spektrum der Anhänger womöglich heterogener als es auf den ersten Blick erscheint.
6 Vgl. hierzu die hervorragende Studie von Sülzle, Fußball, Frauen, Männlichkeiten, a. a. O.
7 Besonderheiten wie Fanfreundschaften stellen hierbei die Ausnahme, die die Regel bestätigen.
8 Zum Beispiel jüngere und sozial schwächere Menschen, die man für die Häufung solcher Verhaltensweisen verantwortlich macht
9 Von Gesetzeslosigkeit kann angesichts der Überwachung und Kontrolle der Stadien heute nicht mehr gesprochen werden, auch wenn diese Überwachung vor allem anderen Verstößen als rassistischen Äußerungen gilt.

Jonas Gabler

(Fortsetzung folgt)

Eine skandalöse Rede

Bundespräsident Gauck plädiert wieder für den „gerechten Krieg“

Der Sprecher des Bundesausschusses Friedensratschlag Peter Strutynski zur Rede des Bundespräsidenten bei der Führungsakademie der Bundeswehr in Hamburg:

Es sollte eine Rede des hohen Tons und der großen Gefühle werden. Am Ende präsentierte Bundespräsident Joachim Gauck aber nur mächtige Worthülsen. Da war von „meiner Armee“ und von „unseren Soldaten“ als „Dienern“ die Rede, von einer wahren „Armee des Volkes“ als einem Teil des „Demokratiewunders“, das die Deutschen 1989/90 geschafft hätten. Und da wurden die hehren Ideale und Ziele der Bundeswehr gepriesen, „Freiheit, Sicherheit, Menschenwürde und das Recht des Einzelnen auf Unversehrtheit“



Montage: hd

zu verteidigen – und zwar in der ganzen Welt. Mit keinem Wort ging Gauck auf die Interessen der deutschen Wirtschaft ein, Märkte für den Export zu sichern, Handelswege notfalls „freizukämpfen“ oder sich „freien Zugang zu lebenswichtigen Ressourcen und Rohstoffen“ in aller Welt zu schaffen.

Das ist immerhin der unverblümte Auftrag der Bundeswehr in den Verteidigungspolitischen Richtlinien von 1992, 2003 und 2011 und der Weißbücher 1994 und 2006. Horst Köhler hatte wegen eines etwas holprig daher kommenden Interviews vor drei Jahren auf diese Zusammenhänge aufmerksam machen wollen – und musste sein Präsidentenamt aufgaben. Offenbar hält sich Gauck an eine Grundregel der politischen Klasse: Über die ökonomischen Interessen der Politik spricht man nicht, man setzt sie nur durch. Obwohl das Instrument Militär zum sensibelsten Bereich der Politik und des nationalen und internationalen Rechts gehört, existieren für Gauck weder das Grundgesetz der Bundesrepublik mit seinem den Krieg ächtenden Art. 26 und die Bundeswehr auf Landesverteidigung verpflichtenden Art. 87a, noch die UN-Charta mit dem strikten Gewaltverbot nach Art. 2,4, noch der Einigungsvertrag von 1990, der in Art. 2 definitiv verlangt, „dass von deutschem Boden nur Frieden ausgehen wird“. Er stellt demnach auch nicht die Frage, ob Krieg völkerrechtlich oder ethisch sein darf, sondern ihn interessiert nur noch, ob militärische Einsätze „die gewünschten Ziele erreichen“ oder „ob wir im Einzelfall die Mittel haben, die für ein sinnvolles Eingreifen nötig sind“.

So ist der letzte Schritt nicht mehr weit: Für Gauck gibt es wieder den „gerechten Krieg“. Originalton: „Sie (die Bundeswehr) hat unser Zutrauen verdient, nicht nur in Debatten um den ‚gerechten Krieg‘ zu bestehen, sondern auch einem ‚gerechten Frieden‘ einen Weg zu bahnen.“ Hätte der ehemalige Pastor und Kirchenfunktionär doch nur das Wort der deutschen Bischöfe aus dem Jahr 2000 zur Kenntnis genommen! Dort hatte sich die Kirche endgültig von Begriff und Konzeption des „gerechten Kriegs“ verabschiedet. In Kreisen der Bundeswehr wird die Rede Gaucks überschwänglich gefeiert und heute schon als „historisch“ bewertet. In einem negativen Sinn soll sie es auch sein: Gauck soll mit seiner Lobrede die Köpfe und Herzen der Menschen für die Sorgen und Nöte der Soldaten öffnen, soll das einstmals beklagte „freundliche Desinteresse“ an der Bundeswehr in eine begeisterte Zustimmung verwandeln. Die Auslandseinsätze der Bundeswehr, der „Armee im Einsatz“, werden – geht es nach den Plänen von Regierung und NATO – zunehmen. Dafür braucht sie zunehmend die Unterstützung der „Heimatfront“.

Gauck scheint der rechte Mann dafür zu sein. Peinlich, dass er in seinem Eifer nicht merkt, dass die Bundeswehr dabei ist, das zu werden, was er zu Beginn seiner Rede so heftig kritisiert: Mit Blick auf die DDR geißelt er dort „Aufmärsche“ und „die Militarisierung der Schulen“. Hat er denn noch nicht von den öffentlichen Gelöbnissen, der Präsenz der Bundeswehr bei Volksfesten und Messen oder der Teilnahme von Presseoffizieren an Schulveranstaltungen gehört? Eines können wir nicht nur für den Bundesausschuss Friedensratschlag, sondern für die Friedensbewegung insgesamt sagen: Von diesem Präsidenten werden wir nicht vertreten.

Für den Bundesausschuss Friedensratschlag, Peter Strutynski (Sprecher)
http://www.ag-friedensforschung.de,
Die Rede des Bundespräsidenten ist hier dokumentiert:
http://www.ag-friedensforschung.de/themen/Bundeswehr/gauck.html ■

Naziaufmärsche verbieten geht nicht?

Spätestens nach den Verboten der Demonstrationen, den Massenverhaftungen der Aktiven der Blockupy-Bewegung gegen die Banken in Frankfurt ist eines endgültig klar gestellt: Justiz, Behörden, Polizei sind durchaus bereit und in der Lage – selbst unter Bruch bestehender Rechtsnormen – Demonstrationen zu verbieten. Mit Billigung des Bundesverfassungsgerichtes sollten mit einem martialischen Polizeiaufgebot die Proteste gegen die Finanzhaie erstickt werden.

Das ist möglich, wenn es um den Schutz der Hochburgen des Kapitals geht.

Wenn es darum geht, faschistische Zusammenrottungen zu verbieten, wird ständig auf den Schutz des hohen Gutes der Versammlungsrechtes und des Rechtes auf Meinungsfreiheit verwiesen. Auf einem Kongress des DGB-NRW am 28. April unter dem Titel „Strategien gegen Nazis und Rassismus in NRW“ erklärte dies zum wiederholten Male NRW Innenmister Jäger. Die Polizei schütze nicht die Neonazis. Und dann werden tausende Polizisten aufgeboten, um Neofaschisten ungestört zu ermöglichen, faschistische Propaganda auf die Straßen zu tragen.

Der 1. Senat des Bundesverfassungsgerichtes hat mit seinen Spruch vom 8. Dezember 2010 leider klargestellt, dass ein Publikationsverbot für die „Verbreitung rechtsextremistischen oder nationalsozialistischen Gedankenguts“ das Grundrecht auf Meinungsfreiheit nach Art.5/Abs.1 des Grundgesetzes verletze. Die Kernfrage, um die es seit Jahren geht, ist, ob es ein vom Grundgesetz gedecktes Recht auf neofaschistische Propaganda gibt. Ob das Grundgesetz bzw. die Landesverfassung von NRW neofaschistische Propaganda für schützenswert hält.

Die Losung der VVN-BdA wird in einer Broschüre des NRW-Innenmisteriums als Aufforderung zu strafbaren Handlungen diffamiert. Damit würden die „Linksextremisten“ ihrem politischen Gegner alle demokratischen Rechte absprechen.

Natürlich! Genau darum geht es. Neofaschistische Propaganda ist kein demokratisches Recht! Und an diesem Punkt scheiden sich die Geister.

1933 haben die Faschisten ihr „Recht auf die Straße“ mit Gewalt durchgesetzt. Die entsetzlichen Ergebnisse sind bekannt. Und deshalb sprechen heute den Neofaschisten aller Schattierungen das Recht zu demonstrieren und das Recht auf Propaganda ab!

Auch wenn wir uns damit nach Meinung von Polizei, Justiz und Politik strafbar machen, dann sagen wir: Wir verteidigen das Grundgesetz. Das sind wir den Millionen Opfern der Faschisten schuldig.

FASCHISMUS IST KEINE MEINUNG
SONDERN EIN VERBRECHEN

Jürgen Schuh, Kreissprecher
VVN-BdA Düsseldorf ■

Aktionscamps im Sommer 2012



Im Sommer 2012 wird es mehrere, strömungsübergreifende Aktions- und Vernetzungscamps mit bundesweitem bzw. internationalem Charakter geben. Mitte Juli startet das **No Border** Camp (früher: Grenzcamp) in Köln/Düsseldorf, Ende August findet in **Dortmund ein bundesweites Antifa-Camp** als direkte Intervention gegen den jährlichen Naziaufmarsch statt und im September laden antimilitaristische Gruppen zum **War starts here Camp** beim Gefechtsübungszentrum Altmark in der Steppe Sachsen-Anhalts ein (http://warstartsherecamp.org/).

13. – 22. Juli: No Border Camp 2012 in Köln/Düsseldorf

Vom 13. bis 22. Juli 2012 findet ein No Border Camp in Köln statt, das durch ein offenes Netzwerk antirassistisch bewegter Gruppen und Aktivist_innen organisiert wird.
Unser Ziel: zusammen kommen | sich austauschen | vernetzen | handlungsfähiger werden. Sich gemeinsam und in verschiedenen Formen mit (Sammel-)Abschiebungen, Frontex, Antiziganismus, Alltagsrassismus und rechten Diskursen beschäftigen und Widerstand leisten; mit institutionellem Rassismus, den katastrophalen Lebensbedingungen von Flüchtlingen und Migrant_innen und den Kämpfen dagegen, mit Fluchtursachen, (Post-) Kolonialismus und der mörderischen Situation an den Außengrenzen und vielen weiteren Themen. Critical whiteness und Empowerment werden eine wichtige Rolle spielen.

Das Camp möchte ein Ort sein, an dem Rassismuskritik, antifaschistische, feministische und kapitalismuskritische Perspektiven zusammen gedacht werden. Ein Ort, der gegenseitigen Austausch intensivieren und Bündnisse anstoßen kann, in denen die Kämpfe von Flüchtlingen und Persons of Color mit denen rassismuskritischer weißer Menschen zusammenkommen.

Kommt zum Camp, kommt mit Workshops, Aktionen oder einfach nur so
No Borders – No Nations

http://noborder.antira.info/de

24. August – 2. September | Bundesweites Antifa-Camp in Dortmund

Vom 24.8.2012 bis zum 2.9.2012 planen autonome und antifaschistische Gruppen aus NRW ein strömungsübergreifendes, bundesweites Antifacamp in Dortmund. Dortmund spielt mit dem jährlich stattfindenden Naziaufmarsch zum Antikriegstag eine wichtige Rolle für die bundesweite Naziszene. Seit Jahren rufen die Dortmunder Neonazis zum „nationalen Antikriegstag“ am ersten Septemberwochenende auf. Sie nutzen den in der rechten Szene fest etablierten Termin, um ihre rassistischen, antisemitischen und geschichtsrevisionistischen Ansichten zu verbreiten.

Die Wochen vor dem Aufmarsch sind von zahlreichen Aktionen der rechten Szene und von nächtlichen Übergriffen auf Antifaschist_innen geprägt. Wir wollen dem Naziaufmarsch und den sog. nationalen „Aktionswochen“ unseren Widerstand entgegensetzen und organisieren ein Bundesweites Antifacamp nahe des Stadtteils Dortmund Dorstfeld, wo der harte Kern der Dortmunder Naziszene in Wohngemeinschaften einen Rückzugsraum gefunden hat.

Neben den Aktionen gegen Nazis wollen wir einen Raum schaffen, in dem Austausch und Vernetzung zwischen Antifagruppen möglich ist. In Workshops und Diskussionen wollen wir aktuelle Themen der antifaschistischen Arbeit beleuchten. Hierbei ist es uns wichtig auch über den Tellerrand der Anti-Nazi-Arbeit zu gucken und andere Themen linker Politik aufzugreifen. Es wird Aktionstage zu den Themen Rassismus, Militarismus und der sozialen Frage geben.

Ziel unseres Camps ist es, antifaschistische Strukturen sowohl vor Ort als auch bundesweit zu stärken und mit einer direkten Intervention in Dortmund den Neonazis ihren Aufmarsch zu nehmen.

http://www.antifacamp.org/

Frankreich nach Parlamentswahlen:

Extreme Rechte in der Nationalversammlung vertreten. Bündnisdebatte bei Konservativen wieder aufgeflammt. Ausblick auf die Situation unter der neuen Regierung

Drei Generationen von Le Pens in der aktiven Politik, drei Abgeordnete der extremen Rechten im Parlament (trotz Mehrheitswahlrechts): Auf diese Weise lässt sich die aktuelle Situation des neofaschistischen Spektrums nach der französischen Parlamentswahl vom 10. und 17. Juni d.J. zusammenfassen. Zugleich kommt die Debatte über eventuelle Bündnisse zwischen der extremen Rechten und dem konservativ-wirtschaftsliberalen Bürgerblock wieder in Schwung. Und ferner stellt sich die Frage: Was ist bei Themen wie der Einwanderungspolitik oder dem Wahlrecht für Immigranten von der neuen Regierung zu erwarten? Erste Elemente einer Antwort hier, Fortsetzung folgt alsbald...

Ein Mann zog seine Show ab. Am Nachmittag des Mittwoch, 20. Juni zogen die beiden Abgeordneten des rechtsextremen Front National (FN), Gilbert Collard und Marion Maréchal-Le Pen, erstmals in die französische Nationalversammlung ein. Dabei wurden sie von einer riesigen Anzahl von Kameras und Mikrophonen erwartet. Die Presse vermutete einen Augenblick lang, die beiden frischgebackenen Parlamentarier hätten sich schwer beeindruckt einen Seiteneingang verdrückt. Doch dann standen sie vor den Kameras. Collard rief wortgewaltig aus: „Ich habe keine Angst, mir Gehör zu verschaffen. Sie werden von mir hören.“ Er fügte hinzu, er wolle einen ständigen „demokratischen Störenfried“ abgeben. Er wolle aber auch in seinem bisherigen Anwaltsberuf weiterarbeiten – weil er, wie er vor den TV-Kameras erklärte, dadurch „finanziell unabhängig bleibe und es mir leisten kann, von den Sitzungen ausgeschlossen zu werden und meine Bezüge zu verlieren“, falls er den Etablierten etwa unangenehm auffalle.

Insgesamt drei Mandatsträger repräsentieren nunmehr die extreme Rechte in der französischen Nationalversammlung. Doch sie gehören zwei unterschiedlichen Parteien an: dem FN, aber auch der Regionalpartei *Ligue du Sud*, welche sich in ihrem Namen offen an die italienische Lega Nord anlehn. Ersterer wird durch den medienträchtigen Anwalt Collard und durch Marione Maréchal-Le Pen – eine

22jährige Enkelin Jean-Marie Le Pens - im Parlament vertreten, und die Letztgenannte durch den Bürgermeister von Orange, Jacques Bompard. Während die beiden FN-Abgeordneten jeweils mit relativer Mehrheit die Stichwahl in ihren Wahlkreisen gewannen (42,82 % für Collard im südfranzösischen Vauvert und 42,09 % für Marion Maréchal-Le Pen im südostfranzösischen Carpentras), siegte Bompard im Wahlkreis rund um Orange sogar mit einer absoluten Mehrheit. Er erhielt dort satte 58,77 % der abgegeben Stimmen.

Bompard gehörte bis im Herbst 2005 selbst dem Front National an; für ihn war er im Juni 1995 zum Bürgermeister von Orange gewählt worden. Bompard trat jedoch innerparteilich beim FN im Laufe der Jahre in die Opposition. Keineswegs jedoch, weil er für die rechtsextreme Partei zu moderat geworden wäre, im Gegenteil: Ihn empörte, dass Jean-Marie Le Pen aus seiner Sicht zeitweilig inhaltlich zu viele Kompromisse machte – 1999 störte er sich etwa, zusammen mit Carl Lang u.a., an einer „Aufweichung" der Positionen zur Immigration – und dass er die lokale Verankerung der Partei zugunsten eines zentralistischen Führungsstils vernachlässige.

Symbol Carpentras

Symbolisch bedeutungsvoll für den Front National ist insbesondere sein Wahlerfolg im südostfranzösischen Carpentras. Dort wurde die 22jährige Jurastudentin Marion Maréchal-Le Pen zur jüngsten Abgeordneten, die das französische Parlament unter der Fünften Republik jemals aufwies, gewählt. Sie vertritt die dritte Generation von Le Pens in der aktiven Politik. In den Augen des 85jährigen Jean-Marie Le Pen übrigens ein Nachweis dafür, dass seine Familie – so erklärte er bei einem Auftritt am 3. Juni – „von guter Rasse" sei. Marion Maréchal-Le Pen ist nicht die Tochter der Parteivorsitzenden Marine Le Pen, sondern ihre Nichte.

Aber noch ein anderer Aspekt spielt eine wichtige symbolische Rolle für den Front National. In der Nacht vom 8. zum 9. Mai 1990 war der jüdische Friedhof der südostfranzösischen Stadt auf spektakuläre Weise geschändet: Der Leichnam eines wenige Tage zuvor beerdigten 83Jährigen, Félix Germon, wurde auf dem Stil eines Sonnenschirms gepfählt. Die Nachricht von der antisemitisch motivierten Schändung löste größere Proteste aus, und in Paris eine Demonstration mit 200 000 Menschen. In breiten Kreisen wurde der Front National angeprangert. Dieser behauptete stets, die „nationale Rechte" werde völlig zu Unrecht mit der Tat in Verbindung gebracht, die Schändung habe vielmehr andere Hintergründe – Satanisten, Mutproben oder Provokation des Mossad – und die Denunzierung der Partei sei ein „staatliches Komplott gegen den Front National". Die Täter wurden Ende Juli 1996 identifiziert, nachdem einer von ihnen sich bei der Polizei gestellt hatte, und später verurteilt: Es handelte sich um rechtsextreme Skinheads, wenngleich ohne Parteibuch des FN. Zuvor, vor der Dingfestmachung der Täter, hatte der FN allerdings am 11.11. 1995 noch eine große „Wahrheitsdemonstration" in Carpentras mit frankreichweiter Mobilisierung veranstaltet.

Nunmehr betrachtet der FN die Wahl seiner Kandidatin „ausgerechnet" in Carpentras als eine symbolische „Wiedergutmachung". Die frisch gewählte Abgeordnete, Marion Maréchal-Le Pen, selbst erklärte der Presse, ihr Opa habe sie zum Antreten gerade in dieser Stadt gedrängt, „weil unser (Familien-)Name dort in den Schmutz gezogen worden ist". Nunmehr stellt die extreme Rechte es so hin, als sei „der Schandfleck gereinigt" und sie selbst moralisch rehabilitiert.

Andere FN-Kandidaturen

Im lothringischen Forbach erhielt der 30jährige FN-Kandidat und Berater Marine Le Pens, der Eliteschulen-Absolvent Florian Philippot, in der Stichwahl mit einem Sozialdemokraten 46,3 %. Im dritten Wahlkreis von Marseille – der einen Teil der Nord-Stadtteile umfasst – holte der dortige FN-Bewerber Stéphane Ravier sogar 49,01 %. Er verfehlte damit den Wahlkreis, der an die Sozialdemokratie ging, nur knapp.

Im nordostfranzösischen Wahlkreis um Hénin-Beaumont scheiterte Parteichefin Marine Le Pen mit 49,89 Prozent der Stimmen nur knapp gegen den sozialdemokratischen Bewerber Philippe Kemel mit 50,11 Prozent. Nur 114 Stimmen trennen die beiden Kontrahenten. Eine durch Marine Le Pen geforderte, erneute Auszählung der Stimmen unterblieb und wurde im Laufe des Abends vom Präfekten (Vertreter des Zentralstaats im Département) unterbunden. Der Front National möchte nun das Verfassungsgericht anrufen. Unterdessen setzte Marine Le Pen am Wahlabends bereits die Segel auf die Vorbereitung Kommunalwahlen in gut anderthalb Jahren, die im März 2014 stattfinden. Dafür macht sie sich ausnehmend gute Hoffnungen, nunmehr „endlich" Hénin-Beaumont einzunehmen: In der Stadt selbst (die bei der Umbildung des Parlaments-Wahlkreises 2009 mit zwei eher sozialdemokratisch dominierten Kommunen zusammengelegt worden) erhielt Marine Le Pen am vergangenen Sonntag eine deutlich Mehrheit. Über 55 Prozent.

Konservativer Streit: Aus der Bündnisdiskussion mit einem blauen Auge davongekommen

Zwar lehnen es die Protagonisten jener Kräfte in der UMP, die vor den Stichwahlen offen an rechtsextreme Wähler (und „ihre" Partei) appellierten, nun ab, ihren Rechtsdrall als Ursache der Niederlage zu betrachteten. Eine solche Lehre aus dem Wahlausgang zu ziehen, verweigern sie explizit. Die Rechtsaußenplattform innerhalb der UMP unter dem Namen ‚Droite populaire', die allerdings 19 ihrer bislang 39 Abgeordneten im Parlament verloren hat, gab etwa zu Protokoll, „der Rechtsruck" (la droitisation) ihrer Partei – von dem derzeit unterschiedliche Protagonisten in der UMP als mögliche Ursache von Problemen bei den Wahlen sprechen – sei auf keinen Fall ein Grund ihrer Niederlage. Vielmehr, behauptet die Droite populaire, wäre die Niederlage bei den Präsidentschafts- und Parlamentswahen ohne diese droitisation (von droite = rechts) nach den fünf Jahren an der Regierung noch viel derber ausgefallen: „Sarkozy wäre dann nicht einmal in die Stichwahl gekommen", behaupteten ihre Protagonisten. Und der Sprecher dieses Rechtsaußenflügels der UMP, der Lyoner Abgeordnete Philippe Meunier, wird in ‚Libération' (vom 20.6.2012) mit den Worten zitiert, als eines der Themen der nahen Zukunft müsse man verstärkt gegen die „Kolonisierung (Frankreichs) durch Einwanderer" ankämpfen.

Dennoch prägt diese Rechtsaußenfraktion nicht das Gesamtbild der Partei nach außen hin. Durch ihren Kurs des „Weder – noch" (Weder Wahlaufrufe zugunsten sozialdemokratischer Kandidat/inn/en, um rechtsextreme Bewerber in der Stichwahl am Wahlsieg zu hindern, noch umgekehrt) hat es die UMP-Parteiführung taktisch immerhin vermocht, eine Zerreißprobe zu verhindern. In den Medien, vor allem in der eher linksliberalen Printpresse, wurde diese Position zwar scharf angegriffen; denn die konservative Führungsriege verweigerte dadurch ihre Zustimmung zu einer „republikanischen Frontbildung" (einem ‚front républicain') gegen die Neofaschisten, welch letztere dadurch tendenziell als eine gewöhnliche „Partei wie die anderen" dastehen. Allerdings konnte die UMP-Spitze dadurch eine Zerreißprobe unter ihren Anhängern und Wähler/inne/n vermeiden. Denn im Falle eines Wahlaufrufs zugunsten der Rechtsextremen gegen die Sozialdemokratie – für den es jedoch im Augenblick eine starke Zustimmung in Teilen der UMP-Wählerschaft gäbe, laut einer Umfrage von vergangener Woche potenziell in Höhe von 66 % - oder umgekehrt würde je der solchen Optionen entgegen gesetzte Teil der bürgerlichen Wählerschaft verschreckt oder vergrätzt.

Ihre Linie des „Weder – Noch" rechtfertigte die UMP-Spitze ferner damit, dass die Sozialdemokratie sich ja ihrerseits in den Stichwahlen mit dem Linksbündnis von Jean-Luc Mélenchon verbinde. Dieses, im Wesentlichen aus der französische KP und einer Linksabspaltung der Sozialdemokratie bestehende Bündnis

unter dem Namen „Linksfront" erhielt bei der Parlamentswahl im frankreichweiten Durchschnitt 6,9 % der Stimmen und (nur noch) zehn Sitze. Wie bereits seit 1936 zwischen Sozialdemokratie und Parteikommunisten in Frankreich üblich, zogen beide Seiten ihre Kandidaturen in der Stichwahl jeweils zugunsten der/s am besten platzierten Bewerbers oder Bewerberin auf der Linken zurück. Die UMP behauptet nun, dass „beide Fronten" – die „Linksfront" und der FN – mindestens gleichermaßen bedenklich für die demokratischen Werte seien; örtlich fügten viele UMP-Barone ihrerseits hinzu, die „Linksfront" sei aufgrund ihrer „kommunistischen Traditionen" ja im Grunde noch viel schlimmer.

Um dies aber nicht zu überdeutlich als scharf rechte Positionierung erscheinen zu lassen (denn die KP wurde in Frankreich nach 1945 aufgrund ihrer wichtigen Rolle in der Résistance lange Zeit im gesamten demokratischen Spektrum respektiert), verfiel die UMP-Parteiführung jedoch auf noch einen anderen taktischen Griff. Sie unterstellte der „Linksfront", und besonders Jean-Luc Mélenchon, angeblichen „Antisemitismus" – um die „Werte"diskussion dadurch von der Frage ihrer Haltung gegenüber dem FN abzubringen und auf andere Geleise zu losten. Den Aufhänger dafür liefert die Veröffentlichung eines Textes zur Solidarität mit dem gebeutelten Griechenland und gegen die Macht der Banken auf der Webseite Mélenchons im vergangenen Jahr. Der Text trägt die Unterschrift des 84jährigen griechischen Komponisten und früheren Widerstandskämpfers Mikis Theodorakis. Letzterer ist aber nicht nur ein überzeugter Rebell, sondern eben auch – im Namen der leider früher einmal in breiten Teilen Europas gängigen Vorstellung, wonach Juden mit Geld, Kapital und Medienmacht zu assoziieren seien – der Urheber unverkennbar, unzweideutig antisemitischer Aussprüche aus den Jahren 2003 und 2011. Dafür kann Mélenchon nun nichts, er hatte sich zu keinem Zeitpunkt positiv auf diese Auslassungen bezogen und konnte sie höchstwahrscheinlich überhaupt nicht. Aber die UMP zog diesen Punkt heran, um eine aktive Kampagne zur Ablenkung von den Rechts-Rechts-Techtelmechteln zu fahren.

Zum Beispiel Nadine Morano

Auf ihre Niederlage am Wahlsonntag stießen in ganz Frankreich Menschen, unabhängig vom sonstigen Wahlausgang, extra an: Im lothringischen Toul scheiterte die frühere Staatssekretärin und Vizeministerin (ministre déléguée) für Soziales, Nadine Morano, bei ihrem Versuch, sich erneut in die französische Nationalversammlung wählen zu lassen. Die 1963 in Nancy geborene Politikerin der konservativ-wirtschaftsliberalen UMP unterlag mit gut 44 Prozent der Stimmen gegen ihren sozialistischen Gegenkandidaten Dominique Potier. Aber an mangelnder Bereitschaft, alles für ihren Sieg zu tun, lag es nicht. Insbesondere hatte Morano derart offen, wie es bürgerliche Politiker selten tun, um die Stimmen des rechtsextremen Front National (FN) gebuhlt und „gemeinsame Werte" mit dessen Wählern beschworen. Dabei nannte sie als solche Werte die Ablehnung des „Ausländerwahlrechts" sowie jene von „galoppierenden Staatsausgaben".

Morano zählt nicht nur zu den präferierten Hassfiguren vieler Linker. Sie gilt auch, und aus guten Gründen, in breiten Kreisen als eine der dümmsten und primitivsten Politikerinnen des Landes. Am vergangenen Freitag (den 15. Juni 12) nun erfolgte der Gipfel der Peinlichkeit. Morano hatte sich, wie sich herausstellte, durch den Komiker und Stimmenimitator Gérald Dahan hereinlegen lassen. Dieser hatte sie angerufen und sich, mit breitem südwestfranzösischem Akzent, als der Vizechef des FN – Louis Aliot, Lebensgefährte von Marine Le Pen – ausgegeben. Und Morano legte auch prompt drauf los. Und agitierte den rechtsextremen Politiker: „Ich will nicht, dass mein Land wie der Libanon wird!", vor lauter Multikulturalismus, rief sie aus. Über Marine Le Pen merkte sie an, diese verfüge „über sehr viel Talent". Über den Reste, schlug sie Aliot vor, wolle man „ein anderes Mal reden, ich stecke gerade im Wahlkampf".

Da platzte sogar dem konservativen Ex-Premierminister François Fillon, der einen Tag zuvor Morano noch in ebendiesem Wahlkampf vor Ort unterstützt hatte, die Hutschnur: „Mit den Führungsleuten des FN redet man nicht", und „sie hätte auflegen sollen", befand er. Zu ihrer Wiederwahl genützt hat es Morano nichts, aber die Parteiführung des FN hatte sie trotz ihrer Bemühungen in den Tagen zuvor auch nicht unterstützt: In ihren Augen war die Bekehrung zu „gemeinsamen Werten" nicht ehrlich genug.

Und was ist von der neuen Regierung zu erwarten?

Was aber ist nun von der neuen, sozialdemokratisch geführten Regierung (mit grüner Beteiligung) etwa in Sachen Einwandererpolitik zu erwarten? Zunächst einmal, keine größeren Veränderungen. Solche hatte der damalige Präsidentschaftskandidat François Hollande explizit ausgeschlossen. Bei seiner zentralen TV-Debatte mit Gegenkandidat – und Amtsinhaber – Nicolas Sarkozy hatte er dessen Attacken diesbezüglich, er wolle zahlreiche Ausländer neu ins Land lassen und ihnen das Wahlrecht schenken etc., pariert, indem er zum Gegenangriff überging. Implizit ließ er dabei auch die Interpretation zu, dass er ihn von rechts angreife, indem Hollande auf Sarkozy erwiderte, unter seiner Regierung sei ja die Anzahl jährlich erteilter Aufenthaltsgenehmigung (für Familienzusammenführung, mit Menschen französischer Staatsangehörigkeit verheiratete Personen, zwecks Arbeitsaufnahme...) stärker gestiegen als unter der Vorgängerregierung. Auf die drängende Nachfrage der Fernsehjournalisten – „Gibt es nun zu viele Ausländer in Frankreich?" – antwortete Hollande, indem er sich an seine Linie hielt: „Es gibt zu viele illegale Ausländer." Den „legal" in Frankreich lebenden Immigranten wolle er Schutz garantieren, die „illegalen" seien jedoch „dazu berufen, abgeschoben zu werden". Allerdings versprach François Hollande auch, keine Kinder in Abschiebehaft zu stecken: Stattdessen solle eine zur Ausreise verpflichtete Familien unter Meldeauflagen bei sich zu Hause bleiben können, so lange, bis ggf. ihre erzwungene Ausreise organisiert werden kann.

Eine breitere „Legalisierungsoperation", wie nach der Wahl François Mitterrands 1981 (damals wurden 132 000 „papierlose" Einwanderer mit Aufenthaltstiteln ausgestattet) und mit Abstrichen auch nach dem sozialdemokratischen Wahlsieg 1997 – damals gab es eine „Einzelfallprüfung", von insgesamt 170 000 Anträgen wurden 55 bis 60 Prozent positiv beantwortet – soll es in diesem Jahr auf keinen Fall geben.

Zu den ersten Weichenstellungen der neuen Regierung zählt ferner, dass der Bereich der Immigrationspolitik im Verantwortungsbereich des Innenministeriums – und damit des obersten Vorgesetzten der Polizei – bleibt. In früheren Perioden, vor 2007, war die Verantwortung für Einwanderung auf mehrere Ministerien aufgeteilt gewesen: jene für Inneres, für Soziales und für Auswärtige Angelegenheit. Nach seinem Wahlsieg 2007 hatte Nicolas Sarkozy diesen Bereich jedoch in einem neuen einheitlichen Ministerium, „für Einwanderung und nationale Identität", zusammengefasst. Bei der Regierungsumbildung Anfang 2011 wurde es jedoch als eigenständiges Ministerium abgeschafft, und als Staatssekretariat in das Innenministerium eingegliedert. Dort verbleibt es nun auch unter François Hollande. Amtsinhaber Manuel Valls vertritt den deutlich rechten Flügel der französischen Sozialdemokratie. Bei den Diskussionen in Brüssel in der zweiten Juniwoche 2012 über eine Modifizierung des Schengen-Abgekommens, zwecks Wiedereinführung nationale Grenzkontrollen zwischen EU-Staaten, erklärte Valls Frankreichs Zustimmung. Ein ministerielles Rundschreiben vom 31. Mai 2012 soll jedoch den Umgang mit ausländischen Studierenden und Hochschulabsolventen lockern.

Dazu Ausführlicheres in der nächsten Ausgabe…

Bernard Schmid, Paris ■

Berlin: Aktionstag gegen Rassismus

Ein „Aktionstag gegen Rassismus und Intoleranz“ mit zahlreichen Infoständen fand am 5. Mai 2012 vor dem Brandenburger Tor in Berlin statt. Aufgerufen hatten der DGB, ver.di, EVG sowie Parteien, zivilgesellschaftliche Organisationen und – eher neu in einer solchen Runde – die Berliner Stadtreinigung (BSR).

In dem gemeinsamen Aufruf knüpften die Initiatoren an das Image Berlins an: „Gerne reden Politikerinnen und Politiker von der Vielfalt Berlins. Aber eine Vielfalt, die keine Inszenierung für Touristen ist, braucht Respekt statt Nationalismus, Offenheit statt gesellschaftlicher Ungleichheit. Demokratische Vielfalt ist nicht beliebig. Sie schließt Rassismus und Unterdrückung aus.“

Als einer der Redner forderte der ver.di-Vorsitzende, Frank Bsirske, auf der Kundgebung ein Recht auf Teilhabe für die rund 15 Millionen Menschen mit Migrationshintergrund, die in Deutschland leben. In einer Situation der zunehmenden Spaltung der Gesellschaft müssten sich nicht nur die Gewerkschaften für eine soziale Teilhabe aller stark machen. Das bedeute auch, dass in den Betrieben und im Alltag insgesamt alle dafür eintreten, dass „die Würde des Menschen respektiert wird“.

Neben Bsirske redeten auch Anetta Kahane (Amadeu-Antonio-Stiftung), der Vorsitzende der Türkischen Gemeinde in Deutschland, Kenan Kolat, und Maximilian Seidel von der EVG-Jugend

Quelle: Publikation „Aktiv + Gleichberechtigt Juni 2012“ ■

Schlüssel nach Brüssel

Liebe Leserinnen und Leser,
wird Europa für Flüchtlinge zu einem einzigen Gefängnis? Angesichts der neuen menschenverachtenden EU-Inhaftierungspläne für Schutzsuchende muss diese Frage jetzt beantwortet werden. Schon heute halten EU-Staaten Zehntausende Flüchtlinge gefangen – unter anderem in Ungarn, Malta oder Griechenland. Nun soll das Einsperren europaweit noch viel leichter werden.



Sechs spezielle Haftgründe für Asylsuchende wurden in einem aktuellen Richtlinienentwurf weiter vorangetrieben. Die neuen Inhaftierungsregelungen greifen lückenlos: Sie erlauben es, jeden Asylsuchenden in der EU jederzeit und an jedem Ort zu inhaftieren. Die Absicht ist klar: Ebenso wie die geplante Wiedereinführung von Grenzkontrollen im Schengen-Raum sollen die verschärften Inhaftierungsregeln Menschen davon abhalten, in EU-Ländern Schutz vor Krieg, Verfolgung und Elend zu suchen.

Das EU-Parlament hat den Schlüssel in der Hand, denn es kann die geplante flüchtlingsfeindliche Regelung der EU-Innenminister verhindern. PRO ASYL ruft deshalb auf zu der Protestaktion „Schlüssel nach Brüssel!“. Bitte machen Sie mit:

– Bestellen Sie die kostenlose PRO ASYL-Protestpostkarte „Schlüssel nach Brüssel“, fügen Sie einen Schlüssel bei und senden Sie die Karte an Martin Schulz, den Präsidenten des EU-Parlaments.
– Informieren Sie sich hier über weitere Protestmöglichkeiten und werden Sie selbst aktiv.
– Machen Sie Freundinnen, Freunde und Bekannte auf die Aktion „Schlüssel nach Brüssel!“ aufmerksam. Es kommt darauf an, durch eine möglichst breite Unterstützung die Aufmerksamkeit des EU-Parlaments für unseren Protest zu gewinnen.

Herzlichen Dank.

Quelle: Pro Asyl“ <schluessel@proasyl.de http://www.flucht-ist-kein-verbrechen.de/ ■

Bahn-Azubis gegen Hass und Gewalt

Am 31. Mai 2012 wurden in Berlin die Sieger des Wettbewerbs „Bahn-Azubis gegen Hass und Gewalt“ ausgezeichnet. Mehr als 700 Auszubildende des ersten Lehrjahres bei der DB AG haben sich in diesem Jahr beteiligt und rund 100 Projekte eingereicht.

Der erste Preis ging an eine Gruppe Kölner Auszubildender. Unter dem Motto „Ich sage nein zu Rassismus“ drehten sie ein Video, in dem sie das Thema Fremdenhass und Rassismus aufarbeiten. Dazu haben sie unter anderem Kirchen, eine Moschee und eine Synagoge besucht. Platz 2 belegten Jugendliche aus Berlin. Sie organisierten eine Aktionswoche an den Bahnhöfen in Berlin, Brandenburg und Mecklenburg-Vorpommern. Alle Mitarbeiter trugen dabei einen Anstecker mit der Aufschrift „Die Würde des Menschen ist unantastbar“ in acht verschiedenen Sprachen. Auf den Bahnhöfen lief ein selbst gedrehter Videoclip. Als Dritte wurden sechs Azubis aus Stuttgart ausgezeichnet. Sie entwarfen und fertigten eine LKW-Plane mit dem Aufdruck „Bahn-Azubis gegen Hass und Gewalt“ in mehreren Sprachen an. Mit diesem LKW fuhren sie verschiedene Orte in Deutschland an, gingen in Schulen und machten sich für ein kollegiales Miteinander stark.

Der Wettbewerb, der von der Bahn AG und der Eisenbahn- und Verkehrsgewerkschaft (EVG) initiiert wurde, findet seit 2000 statt. Seitens der EVG nahm Vorstandmitglied Reiner Bieck die Verleihung des zweiten Preises vor. Für den Verein „Mach meinen Kumpel nicht an!“ nahm dessen Vorsitzender Giovanni Pollice an der Preisverleihung teil und stellte die Arbeit des Vereins vor. Gemeinsam mit Reiner Bieck informierte er in einem kurzen Interview über gewerkschaftliche Aktivitäten gegen Rassismus und für Gleichbehandlung.

Quelle: Publikation „Aktiv + Gleichberechtigt Juni 2012“ ■

Vorschläge für eine dauerhafte Bleiberechtsregelung aus den Bundesländern

In die Diskussion über die Einführung einer neuen Bleiberechtsregelung für langjährig geduldete Flüchtlinge ist wieder Bewegung gekommen. Die Bundesratsinitiative Schleswig-Holsteins aus 2011 war gemeinsam mit den Anträgen aus anderen Bundesländern bereits im Bundesrat besprochen worden, doch konnte sich der dortige Innenausschuss bis dato nicht auf einen der Anträge verständigen.

Vor diesem Hintergrund wurde im Auftrag der Integrationsministerkonferenz im März 2012 eine länderoffene Arbeitsgruppe eingerichtet. Unter Federführung des schleswig-holsteinischen Justizministeriums wurde in dieser Arbeitsgruppe ein Bericht „Aufenthaltsrecht bei nachhaltiger Integration – Integrationsdebatte und Regelungsvorschlag“1 erarbeitet und zum 23.5.2012 veröffentlicht. Laut Bericht einigten sich die Arbeitsgruppenmitglieder mehrheitlich auf zwei alternative Modelle zur Umsetzung einer Bleiberechtsregelung.

Kurz darauf, am 31.5.2012, hat die Niedersächsische Landesregierung einen eigenen Entwurf eines „Gesetzes zur Änderung des Aufenthaltsgesetzes“[2] beschlossen, der am 15. Juni 2012 erstmals

im Bundesrat behandelt und anschließend in die relevanten Ausschüsse überwiesen werden soll.

Was enthalten diese beiden Vorschläge?

Beiden ist gemeinsam, dass ein neuer Aufenthaltstitel (§ 25b AufenthG) ins Aufenthaltsrecht eingeführt werden soll. Damit soll AusländerInnen, die ohne gesicherte Aufenthaltsperspektive in Deutschland leben,ein Bleiberecht ermöglicht werden, wenn sie sich nachweislich integriert haben.

Um Integrationshürden bereits im Vorfeld abzubauen, wird darüber hinaus erwogen, Integrationskurse auch für Geduldete und Asylsuchende zu öffnen sowie Erleichterungen beim Zugang zu Beschäftigung zu schaffen.

Die Modelle der Länderarbeitsgruppe „Aufenthaltsrecht bei nachhaltiger Integration“ vom 23.5.2012:
Die beiden in der Länderarbeitsgruppe erarbeiteten Bleiberechts-Modelle tragen den Namen „Gesamtschau“ bzw. „Kumulatives Modell“. Im Modell „Gesamtschau“ werden mehrere Kriterien für Integration aufgestellt, die jedoch nicht alle erfüllt sein müssen. Der prüfende Ausländerbehörde wird ein breites Ermessen eingeräumt: abhängig von ihrer Bewertung kann sie eine Aufenthaltserlaubnis nach § 25b (neu) Aufenthaltsgesetz (AufenthG) erteilen oder verweigern. Im „Kumulativen Modell“ werden feste Kriterien aufgestellt, von denen jedes einzelne erfüllt sein muss – im Gegenzug besteht dann auch einRechtsanspruch auf Erteilung einer Aufenthaltserlaubnis. In beiden Modellen kann ein Antrag erst nach langjährigem, ununterbrochenem Aufenthalt in Deutschland (mindestens 6 Jahre für Familien mit minderjährigen Kindern, sonst 8 Jahre; Aufenthaltszeiten mit Gestattung und Aufenthaltserlaubnis zählen ebenfalls) gestellt werden.

Quelle: Flüchtlingsrat S chleswig-Holstein e.V. 18.6.2012 http://www.landinsicht-sh.de ■

Bundesverfassungsgericht prüft Asylbewerberleistungsgesetz auf Verfassungswidrigkeit

Mündliche Verhandlung am 20.06.2012 – dem Internationalen Tag des Flüchtlings

Die Landesflüchtlingsräte, PRO ASYL und Campact fordern die sofortige Abschaffung des diskriminierenden Asylbewerberleistungsgesetzes.

Seit Jahren protestieren Flüchtlinge gegen ihre Unterbringung in Sammellagern, die Versorgung mit Essenspaketen oder -gutscheinen und die medizinische Mangelversorgung, die aus dem im November 1993 in Kraft getretenen Asylbewerberleistungsgesetz (AsylbLG) resultieren. Flüchtlinge, die diese Leistungen in bar ausbezahlt bekommen, erhalten Leistungen, die um 40 Prozent unter Hartz-IV-Niveau liegen. Die Höhe der Leistungen wurde 1993 willkürlich festgesetzt und seitdem nie angehoben, obwohl die Preise mittlerweile um 35 Prozent gestiegen sind. Nicht einmal die Euro-Umstellung ist in das AsylbLG eingegangen.

Nun steht das Asylbewerberleistungsgesetz auf dem Prüfstand. Das Landessozialgericht Nordrhein-Westfalen kam zu dem Ergebnis, dass das AsylbLG verfassungswidrig ist und legte es dem Bundesverfassungsgericht (BVerfG) zur Prüfung vor. Es bezog sich auf das BVerfG-Urteil vom 9. Februar 2010 zu den Hartz-IV-Regelsätzen, nach dem die Höhe der staatlichen Sozialleistungen zur Sicherung eines menschenwürdigen Existenzminimums transparent und nachvollziehbar ermittelt und bedarfsdeckend sein muss. Dies sei beim AsylbLG nicht der Fall. Geklagt hatten Flüchtlinge aus Nordrhein-Westfalen, die die Leistungen nach dem AsylbLG in Form von Bargeld erhalten.

Noch gravierender sind die Einschränkungen des Existenzminimums etwa in Bayern oder Baden-Württemberg, wo die Flüchtlinge regelmäßig in Sammellager eingewiesen werden, minderwertige Kleidungs- und Essenspakete als „Sachleistung“ erhalten und dazu einen „Barbetrag“ gemäß AsylbLG von nur 40,90 Euro/Monat. Von diesem Barbetrag von 2,33 Euro am Tag muss der gesamte persönliche Bedarf an ÖPNV-Tickets, Telefon, Porto, Rechtsanwalt, Internet, Schreibmaterial, Bildung, Kultur, Freizeit usw. sowie alles Notwendige, was nicht in den Paketen ist, bezahlt werden.

Auch die Höhe des „Barbetrags“ steht in Karlsruhe auf dem Prüfstand. Für den entsprechenden Bedarf ist im ebenfalls unzureichenden Hartz-IV-Regelsatz, das Dreifache als Existenzminimum angesetzt.

Dass das AsylbLG verfassungswidrig ist, hat die zuständige Bundesministerin für Arbeit und Soziales Ursula von der Leyen bereits am 10. November 2010 in einer Antwort auf eine Bundestagsanfrage mitgeteilt. Das AsylbLG entspreche „nicht den Anforderungen des Urteils des Bundesverfassungsgerichts“ zu Hartz IV und werde daher von der Bundesregierung überprüft. Doch seitdem ist nichts geschehen.

PRO ASYL, die Landesflüchtlingsräte und Campact fordern, dass in Deutschland lebende Flüchtlinge endlich menschenwürdig behandelt werden. Ein längst überfälliger Schritt dorthin könnte übermorgen am Weltflüchtlingstag eingeleitet werden.

Quelle: Gemeinsame Presseerklärung der Landesflüchtlingsräte, PRO ASYL und Campact.de - 18.06.2012 ■

Thüringer Landkreise verdienen an Flüchtlingen

Vier Landkreise in Thüringen haben jahrelang für Asylbewerber gedachte Landesmittel zweckentfremdet. Nach Recherchen des MDR wurden insgesamt mehr als eine Million Euro abgezweigt, die eigentlich zur Unterbringung und Versorgung von Flüchtlingen gedacht waren.

Ein extremes Beispiel ist der Wartburgkreis, wo mit der Aufnahme von Flüchtlingen rund 850 000 Euro Gewinn erzielt wurden. Begünstigt wurden die finanziellen Mauscheleien durch unklare Vorgaben. Die Thüringer Landesregierung zahlt für die Unterbringung und Versorgung ausländischer Flüchtlinge Pauschalen an die Landkreise und kreisfreien Städte. Dabei wird den Kommunen freie Hand gelassen bei der Verwendung der Gelder. Überschüsse müssen nicht zurückgezahlt werden.

Mindestbedingungen nicht erfüllt

Der Wartburgkreis sparte kräftig bei den Ausgaben für Unterbringung, soziale Betreuung und soziale Leistungen und erwirtschaftete so erhebliche Überschüsse - nach Daten des Landesverwaltungsamtes Thüringen rund 850 000 Euro in den Jahren 2004 bis 2007. Erschwerend kommt hinzu, dass der Wartburgkreis nachweislich die vorgeschriebenen Mindeststandards für den Betrieb seines einzigen Asylbewerberheims im Wartburgkreis in Gerstungen nicht erfüllte. Das Landesverwaltungsamt monierte „grobe Verstöße“ beim baulichen sowie brandschutztechnischen Zustand.

Flüchtlingsräte, Kirchenvertreter und Politiker kritisierten, hier werde unmoralisch abkassiert. Die Sozialdezernentin und stellvertretende Landrätin im Wartburgkreis, Nicole Gehret, kündigte an, die Vorwürfe zu prüfen. Erst danach könne sie sich dazu äußern. Die parteilose Politikerin verwies zugleich auf die bisher erbrachten Investitionen des Wartburgkreises in die Gemeinschaftsunterkunft.

Wartburgkreis kein Einzelfall

Auch andere Thüringer Landkreise, wie das Altenburger Land, der Kyffhäuserkreis und der Unstrut-Hainich-Kreis haben nach den Zahlen des Landesverwaltungsamtes mit Asylbewerbern gute Geschäfte gemacht. Auf die Recherchen des MDR reagierten die Kreise unterschiedlich: Während das Altenburger Land keine Angaben machte, bestätigte der Kyffhäuserkreis, dass er in den Jahren 2005, 2006, 2008 und 2010 insgesamt ein positives Saldo von 170 000 Euro erzielt habe. Auch der Unstrut-Hainich-Kreis erwirtschaftete nach eigenen Angaben in den Jahren 2004 bis 2010 insgesamt rund 165 000 Euro Gewinn mit der Aufnahme von Flüchtlingen.

Migrationsbeauftragte Albert: Das wäre ein Skandal

Die Migrationsbeauftragte der Evangelischen Kirche Mitteldeutschland, Petra Albert, reagierte mit klaren Worten auf die Recherchen des MDR: „Falls sich der Verdacht gegenüber den Landkreisen bestätigen sollte, halte ich das für einen unglaublichen Missstand. Menschen, die aus Kriegs- und Krisengebieten zu uns kommen, sind traumatisiert und gebeutelt von Armut, Flucht und Elend. Flüchtlinge brauchen deshalb unsere größtmögliche Aufmerksamkeit und Hilfe. Auf ihrem Rücken dürfen die Landkreise nicht noch ihre Haushaltslöcher stopfen.“

Quelle: http://che2001.blogger.de/ 20.06.2012 ■

EU will Inhaftierung von Asylsuchenden ausweiten

PRO ASYL und Diakonie: Regelung ist inhuman und durch nichts zu rechtfertigen

PRO ASYL fordert nach Recherche sofortigen Abschiebungsstopp nach Ungarn

Deutschland und andere EU-Staaten treiben die exzessive Ausweitung der Inhaftierung von Flüchtlingen voran. Europaweit droht die flächendeckende und systematische Inhaftierung von Schutzsuchenden. Die geplante Neufassung der sogenannten „Aufnahmerichtlinie“ ermöglicht, dass künftig jeder Asylsuchende in Europa jederzeit und an jedem Ort inhaftiert werden kann.

Der Richtlinienentwurf umfasst sechs Haftgründe, die aus Sicht von PRO ASYL die systematische Inhaftierung von Asylsuchenden erlauben. Über den Richtlinienentwurf wird in diesen Tagen zwischen dem Europäischen Parlament, der EU-Kommission und dem Europäischen Rat verhandelt.

Dem Richtlinienentwurf zufolge sollen Asylsuchende künftig zum Zwecke der Identitätsfeststellung, zur Beweissicherung, zur Überprüfung des Einreiserechts, aufgrund verspäteter Asylantragstellung, bei vermuteter Gefahr des Untertauchens oder auch einfach nur zur Wahrung der „nationalen Sicherheit und Ordnung“ inhaftiert werden können.

„Man muss sich fragen, ob es angesichts dieser teils völlig unbestimmten Inhaftierungsregeln einen einzigen Asylsuchenden in der ganzen Union gibt, den man mit diesen Regeln nicht inhaftieren kann“, so Günter Burkhardt, Geschäftsführer von PRO ASYL. „Dieser Richtlinienentwurf macht den Weg frei zur völligen Entrechtung von Flüchtlingen“.

Auch die Inhaftierung von Minderjährigen soll explizit erlaubt werden. Gegen ein Verbot der Inhaftierung von Minderjährigen hatte sich insbesondere das deutsche Innenministerium eingesetzt. Selbst der Vorschlag der EU-Kommission bei der Reform der Dublin-II-Verordnung, dass unbegleitete Minderjährige nie inhaftiert werden sollten, steht in den aktuellen Verhandlungen zur Disposition. Deutschland und andere Mitgliedsstaaten fordern die Streichung dieses Passus. „Diese kinderfeindliche Position ist beschämend“, so Karl Kopp, Europareferent von PRO ASYL

PRO ASYL-Kampagne „Flucht ist kein Verbrechen!“

PRO ASYL wendet sich deshalb unter dem Motto „Flucht ist kein Verbrechen!“ mit einer Kampagne an Vertreter des EU-Parlaments und fordert die Beendigung der Inhaftierung von Flüchtlingen. „Flüchtlinge sind keine Kriminellen. Sie brauchen Schutz und Unterstützung“, so Burkhardt.

Beispiel Ungarn: Inhaftierung, Misshandlung und Entrechtung von Flüchtlingen

Bereits heute werden in europäischen Ländern wie Ungarn, Malta oder Griechenland Flüchtlinge unter unmenschlichen Bedingungen inhaftiert. Allein an der griechisch-türkischen Grenze wurden im Jahr 2011 55 000 Menschen unter meist menschenunwürdigen Bedingungen in Flüchtlingshaftlager gesperrt. „Das Unrecht, das den Flüchtlingen dort widerfährt, will man jetzt offenbar in Rechtsform gießen“, so Karl Kopp, Europareferent von PRO ASYL.

Während die menschenrechtswidrigen Zustände in Griechenland hinlänglich bekannt sind, wird die exzessive Inhaftierungspraxis in Ungarn in der deutschen und europäischen Öffentlichkeit kaum wahrgenommen. Schutzsuchende werden in Ungarn bis zu zwölf Monate lang inhaftiert. Misshandlungen durch Polizeikräfte sind in den Hafteinrichtungen an der Tagesordnung. PRO ASYL fordert daher einen sofortigen Stopp der Abschiebungen nach Ungarn.

Recherchen von PRO ASYL haben ergeben, dass auch aus Deutschland Abgeschobene in Ungarn inhaftiert werden und ihnen dort ein faires Asylverfahren verweigert wurde. Asylanträge von Abgeschobenen werden in Ungarn nicht mehr geprüft, da ihr Asylgesuch nach der Rückkehr als Folgeantrag gewertet wird. Die ursprünglichen Fluchtgründe werden dann nicht mehr berücksichtigt. Auch schützen Folgeanträge in Ungarn nicht vor Abschiebung. Die betroffenen Flüchtlinge müssen fürchten, abgeschoben zu werden, obwohl ihr Asylantrag in keinem EU-Staat abschliessend geprüft wurde. Da Ungarn Serbien als sicheren Drittstaat ansieht und Serbien seinerseits die Türkei für einen sicheren Drittstaat hält, droht ihnen die Kettenabschiebung. Die Türkei gewährt nicht-europäischen Flüchtlingen keinen dauerhaften Schutz.

Das Dublin-System: Kein Eilrechtsschutz gegen Abschiebungen aus Deutschland

Dass Flüchtlingen, die aus Deutschland etwa nach Ungarn oder in andere EU-Staaten abgeschobenen werden, erst am Tag der Abschiebung überraschend der Bescheid übergeben wird, ist nicht hinnehmbar. „Mit einem solchen Vorgehen wird der Rechtsstaat ausgehebelt“, kritisiert Katharina Stamm vom Diakonischen Werk der EKD. „Auch in sogenannten Dublin-Verfahren müssen Gerichte die Möglichkeit haben, im Eilverfahren Abschiebungen in andere EU-Länder zu stoppen, in denen kein ausreichender Schutz gewährt wird“, forderte Stamm. Das deutsche Gesetz schließe jedoch den Eilrechtsschutz im Dublin-Verfahren aus.

Dies widerspricht jedoch aus Sicht von PRO ASYL und Diakonie eindeutig dem Grundsatzurteil des Europäischen Gerichtshofs vom 21. Dezember 2011. Dieser hat entschieden, dass es im Rahmen der europäischen Zuständigkeitsregelung für Asylverfahren (Dublin II-Verordnung) keine Abschiebungen in denjenigen Staat geben darf, der formal für die Prüfung von Asylanträgen zuständig ist, wenn es dort systemische Mängel im Asylverfahren und bei den Aufnahmebedingungen gibt. Ein blindes Vertrauen in die Sicherheit anderer EU Staaten darf es nicht mehr geben.

Quelle: Presseerklärun g Pro Asyl 14.6.2012 ■



„Im Land der Frühaufsteher“

Reportage-Comic über Lebensumstände von Asylbewerbern in Deutschland

Im Avant-Verlag ist im Juni die Graphic Novel „Im Land der Frühaufsteher“ erschienen, ein Reportage-Comic über die Lebensumstände von Asylbewerbern in Sachsen-Anhalt. Die junge Berliner Künstlerin Paula Bulling hat in enger Zusammenarbeit mit den portraitierten Flüchtlingen das Leben in Wohnheimen in Halle, Halberstadt und Möhlau/ Wittenberg dokumentiert. Letzterer gilt als eines der katastro phalsten Wohnheime in Deutschland und ist im Landkreis Wittenberg seit Jahren ein Politikum.

Im Zentrum von Paula Bullings Reportage steht der gewaltsame und nie geklärte Unfalltod eines georgischen Flüchtlings aus Möhlau 2007. Seiner Witwe und ihren Töchtern steht gerade die Abschiebung bevor.

Paula Bulling in einer Pressemitteilung zu ihrer Grafic Novel

Mich interessiert das Naheliegende. Flüchtlingspolitik wird direkt vor unserer Tür gemacht und gleichzeitig zeigt sich darin die ganze Verstricktheit und Brutalität der globalisierten Welt. Ich bin durch eine Reise nach Syrien und den Kontakt zu syrischen MenschenrechtsaktivistInnen, die in Deutschland Asyl suchen, mit dem Thema in Berührung gekommen. Das erste Flüchtlingsheim, das ich durch eine Initiative von The Voice Refugee Forum besucht habe, war Katzhütte in Thüringen. Die Zustände dort sind erschreckend, danach hat mich das Thema nicht mehr losgelassen.

Dass aus der Beschäftigung damit ein Comic wird, hat sich erst nach und nach herauskristallisiert.

Durch The Voice hatte ich den Filmemacher Salissou Oumarou kennengelernt, der damals selber noch im Asylverfahren war. Er hat mir viele Türen geöffnet, mich überallhin mitgenommen. Anfangs habe ich Portraits gezeichnet und dabei gemerkt, dass sich durch das Zeichnen schnell ein guter Kontakt herstellt. Anders als beim Umgang mit einer Kamera ist sofort sichtbar, was entsteht. Auch ein Stück von mir selbst wird sichtbar. Nach und nach wurde das Bedürfnis stärker, die Zeichnungen zu kontextualisieren und eine Erzählung daraus zu machen.



Im Land der Frühaufsteher
von Paula Bullling

ISBN 978-3-939080-68-8

120 Seiten
Softcover
17,95 Euro

Erscheint im Juni 2012

im avant-verlag
www.avant-verlag.de

Ein Foto von Respekt: Wettbewerb der IG Metall

Im Rahmen der Initiative Respekt veranstaltet die IG Metall einen Fotowettbewerb unter dem Motto „Zeig Dein Foto von Respekt“. In der Ausschreibung heißt es dazu: „Respekt ist ein Grundpfeiler der Solidarität und Basis für ein faires Miteinander, Vertrauen und Solidarität am Arbeitsplatz, in der Familie und im Alltag. Ohne Respekt ist eine gesellschaftliche und persönliche Fortentwicklung nicht möglich.“

Die Teilnehmerinnen und Teilnehmer sind aufgerufen, in einem Foto festzuhalten, wie sich Respekt im Alltag äußern kann oder äußern sollte. Ausgelobt sind fünf Geldpreise: 1000 Euro für den ersten Platz, 750 Euro für den zweiten, 500 Euro für den dritten und je 250 Euro für den vierten und fünften Platz. Dazu kommt ein Sonderpreis für junge Erwachsene bis 30 Jahre von 1000 Euro.

Der Jury, die über die Preise entscheidet, gehören neben Bertin Eichler, geschäftsführendes Vorstandsmitglied der IG Metall u. a. auch Dr. Klaudia Tietze, Geschäftsführerin des Kumpelvereins und Torsten Jäger vom Interkulturellen Rat an.

Einsendeschluss ist der 10. Oktober 2012.

Weitere Informationen und das Teilnahmeformular stehen im Netz unter: www.igmetall.de/respekt

Quelle: Publikation „Aktiv + Gleichberechtigt Juni 2012“

Infos und praktische Tipps: Handreichung zu rechten Zeitungen

ver.di JUGEND

Die ver.di-Jugend hat zusammen mit dem apabiz (antifaschistisches pressearchiv und bildungszentrum berlin) eine Handreichung zum Thema „Aktiv gegen extrem rechte Zeitungen“ veröffentlicht.

Im – umfangreicheren – ersten Teil werden die gängigsten Zeitungen und Zeitschriften der rechtsextremen Szene vorgestellt. Das reicht von den seit langem agierenden Zeitungen über regionale Blätter bis zu Schüler- und Jugendzeitungen.

Ein zweiter Teil enthält „praktische Tipps, um …vor Ort aktiv werden zu können: Gegen extrem rechte Zeitungen und Zeitschriften im Handel genauso wie auf dem (Berufs-) Schulhof“.

Quelle: Publikation „Aktiv + Gleichberechtigt Juni 2012“

Der Herausgabekreis und die Redaktion sind zu erreichen über:
GNN-Verlag, Venloer Str. 440, 50825 Köln Tel. 0221 / 21 16 58, Fax 0221 / 21 53 73.
email: antifanachrichten@netcologne.de, Internet: http://www.antifaschistische-nachrichten.de
Erscheint bei GNN, Verlagsges. m.b.H., Venloer Str. 440, 50825 Köln. V.i.S.d.P.: Jörg Detjen
Redaktion: Für Schleswig-Holstein, Hamburg, NRW, Hessen, Rheinland Pfalz, Saarland: U. Bach, H. Deilke GNN-Verlag Köln. Baden-Württemberg und Bayern über GNN-Süd, Stubaier Str. 2, 70327 Stuttgart, Tel. 0711 / 62 47 01. Für „Aus der faschistischen Presse“: J. Detjen c/o GNN Köln.
Erscheinungsweise: 14-täglich. Bezugspreis: Einzelheft 1,50 Euro.
Bestellungen sind zu richten an: GNN-Verlag, Venloer Str. 440, 50825 Köln. Sonderbestellungen sind möglich, Wiederverkäufer erhalten 30 % Rabatt.

Die antifaschistischen Nachrichten beruhen vor allen Dingen auf Mitteilungen von Initiativen. Soweit einzelne Artikel ausdrücklich in ihrer Herkunft gekennzeichnet sind, geben sie nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wieder, die nicht alle bei ihr eingehenden Meldungen überprüfen kann.

Gewerkschaften: Vorbild Deutsche Arbeitsfront

ZUERST!, dem äußerst rechten „deutschen Nachrichtenmagazin", lassen sich eine Menge Attribute zuordnen, nicht jedoch, dass es sich bisher um die wirtschaftlichen und sozialen Interessen der Lohnabhängigen, oder, um im ZUERST!-Jargon zu bleiben, der Arbeitnehmer, allzusehr gekümmert hätte. Mit dem Titelthema der Juniausgabe scheint sich das zu ändern. „Ohne Lobby – Deutsche Arbeitnehmer und der DGB" lautet die Schlagzeile, graphisch so gestaltet, dass der Satzteil „und der DGB" sich unauffällig blau auf blau im Hintergrund verliert und nur die Behauptung, „deutsche Arbeitnehmer" würden von niemandem vertreten, übrig bleibt.

Diese Behauptung wiederholen BERNHARDT RADTKE, FALK TIEDEMANN und ROBERT DIEHL, die Autoren des Titelbeitrages auch in der Überschrift ihres Artikels. „Ohne Lobby – Wie die großen deutschen Gewerkschaften ihre Basis – die deutschen Arbeitnehmer – immer mehr aus den Augen verlieren" lautet die etwas sperrige Überschrift. Gewerkschafter(innen) fragen sich allerdings, warum nur „deutsche Arbeitnehmer" die Basis der Organisation sein sollen. Bereits der erste Arbeitskampf lehrt alle Beteiligten, dass eine betriebliche Auseinandersetzung nur dann gewonnen werden kann, wenn möglichst alle Beschäftigten, völlig unabhängig von Herkunft, Hautfarbe, Sprache oder Staatsangehörigkeit, mitmachen. Spaltung bedeutet Niederlage.

Genau diese Erfahrung bestreiten die Autoren: „Gibt es denn die suggerierte Interesseneinheit aller abhängig Beschäftigten wirklich? Oder haben nicht ältere Arbeitnehmer andere Vorstellungen als jüngere, Frauen andere als Männer, Deutsche andere als Ausländer, um nur einige der denkbaren Konfliktlinien zu nennen? Geht es nicht den einen um mehr Lohn, den anderen um mehr Flexibilität, den nächsten um möglichst hohe persönliche Entscheidungsfreiheit und wieder anderen um ausreichend Gelegenheit zur beruflichen Weiterbildung? ‚Mehr Lohn bei weniger Arbeit' – auf diese simple Formel läßt sich gewiß nicht einmal innerhalb ein und desselben Betriebs das ‚gemeinsame Interesse' der Belegschaft herunterbrechen. Und genau dieser sture Ansatz ist es, der den Gewerkschaften Jahrzehnte hindurch so viel Kritik eingebracht hat". Mit differenzierter Tarifpolitik, wie sie die Gewerkschaften in Deutschland seit Jahren betreiben, hat diese Beschreibung nichts zu tun.

Vier Seiten vorher klingt der Tenor des Beitrages auch noch viel radikaler, da wird sogar die Unternehmerfloskel „Arbeitnehmer" vermieden: „Als sei für die Lohnabhängigen schon das maximal Mögliche erreicht, sah man Gewerkschafter in der letzten Zeit weniger für gerechte Löhne und gute Arbeitsbedingungen auf der Straße als mit Pastoren und Provinzpolitikern bei lokalen ‚Bündnissen gegen Rechts' herumstehen und einfältige Parolen skandieren. Entweder haben Gewerkschaftsfunktionäre neben ihren eigentlichen Aufgaben tatsächlich noch genug Kapazitäten für den ‚Kampf gegen rechts', oder der Antifa-Arbeit' wird ein solch hohes Profilierungspotential zuerkannt, daß der zeitliche Aufwand gern in Kauf genommen wird". Natürlich ist es nachvollziehbar, dass es den Mitarbeitern einer braun getönten Postille nicht gefallen kann, wenn Gewerkschaften gegen rechts aktiv sind. Aber wie stellen sich die drei Autoren die Rolle und Aufgabe von Gewerkschaften vor?

Ganz so wie ihre historischen Vorbilder zwischen 1933 und 1945: „Natürlich ist es richtig, daß der NS-Staat die Gewerkschaften zerschlug, weil er auf der Grundlage seiner eigenen Weltanschauung keine Keimzellen des Klassenkampfes dulden wollte. Als Gemeinschaftsorganisation von Arbeitnehmern und Arbeitgebern wurde am 10. Mai 1933 stattdessen die Deutsche Arbeitsfront (DAF) gegründet. Innerbetrieblich galt im Dritten Reich das Führerprinzip und die Lohngestaltung nahm über das Instrument der ‚Treuhänder der Arbeit' der Staat selbst in die Hand. Die kapitalistische Grundlage der Wirtschaft blieb erhalten, was einem marxistisch geprägten Gewerkschafter natürlich nicht gefallen konnte". Auch wegen dieser Ziele, Zerschlagung der Gewerkschaften, Führerprinzip im Betrieb und Erhaltung des kapitalistischen Wirtschaftssystems hatten weite Kreise vor allem der Schwerindustrie die Nazis ja auch finanziert und politisch protegiert – sie wussten als gute Kaufleute schließlich ihr Kapital gewinnbringend anzulegen.

Ansonsten ging es den abhängig Beschäftigten unter der Naziherrschaft offenbar so gut wie nie zuvor und danach: „Ausgeblendet bleibt …, was die DAF … und die NS-Regierung taten, um die Arbeits- und Lebensbedingungen der Arbeitnehmer zu verbessern, und das ganz ohne ‚Klassenkampf'. Dies begann damit, daß überhaupt erst einmal viele zuvor Arbeitslose wieder in Lohn und Brot kamen – dank staatlicher Arbeitsbeschaffungsprogramme und einer günstigen konjunkturellen Entwicklung. Für breite Kreise gerade der lohnabhängigen Bevölkerung stieg in den ersten Jahren der NS-Herrschaft die Lebenszufriedenheit … Besonders die sinkende Arbeitslosigkeit, die niedrige Inflation und das Wachstum des realen Konsums ab 1933 trugen dazu bei". Das dieser wirtschaftliche Erfolg in erster Linie einer immensen Aufrüstung geschuldet war und letztendlich mit Abermillionen Kriegstoter endete, bleibt in ZUERST! natürlich unerwähnt.

Aber auch sonst bemühten sich die Nazis den Beschäftigten jeden Wunsch von den Augen abzulesen: „Über ihre 10 Ämter griff die DAF in die Gestaltung der Arbeitswelt ein und kümmerte sich um sozialpolitische Belange. So hatte zum Beispiel das ‚Amt für Schönheit der Arbeit' sicherzustellen, daß die Arbeitsstätten pfleglich behandelt und sozial-hygienische Standards erfüllt wurden. Mit Werkpausenkonzerten sollte auch den Arbeitern Gelegenheit gegeben werden, am kulturellen Geschehen teilzunehmen. Und nicht zu vergessen: ‚Die im November 1933 gegründete DAF-Organisation Kraft durch Freude (KdF) organisierte Freizeitaktivitäten und erreichte damit, daß der Zugang zu bisher bürgerlichen Privilegien wie dem Luxus des Reisens nun auch für Arbeiter erschwinglich wurde. Selbst die Anschaffung eines Autos rückte durch das Projekt des mit Anleihen finanzierten Volkswagens (VW), des sogenannten KdF-Wagens in den Bereich des Möglichen'." Wenn das keine vorbildliche Politik auch für hier und heute ist…. Auf jeden Fall ist die Kritik der ZUERST!-Autoren an den Gewerkschaften (an deren Politik mit Sicherheit eine ganze Menge zu kritisieren ist), eine Kritik aus dem Ungeist des Faschismus.

tri ■